

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Freitag, den 26. August 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Klassenkampf.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ veröffentlicht eine längere Darstellung über die im vergangenen Jahre stattgefundenen Streiks. In den nackten Zahlen, die uns da vorgeführt werden, lobern die Sturmzeichen des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Sie zeigen, wie die Arbeiter sich jede Verbesserung ihrer sozialen Position schrittweise in hartem, zähem Ringen mit dem Unternehmertum erkämpfen müssen. Sie zeigen aber auch, daß dieses Ringen erfolgreich ist und führen uns die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen vor Augen. Lassen wir die Zahlen reden:

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftlichen Organisationen ein Kampfesjahr, wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 4 Katausperrungen), zusammen 1282 Kämpfe, mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe zeigte das Jahr 1898 mit 985. An den Streiks waren 75 830, an den Aussperrungen 45 763, insgesamt 121 593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verfloßenen Jahre. Sie erreichte damals 128 808, doch muß das Jahr 1895 als ein Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30 000, an den Streiks der Hafenarbeiter 23 280 und an denen der Holzarbeiter 25 461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich entsprechend dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung gesteigert. Daraus werden zweifellos die Unternehmer und ihre bezahlten Agitatoren den Schluß ziehen, daß durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen dem Wirken der Gewerkschaften Einhalt geboten werden müsse. Jedoch irren die Herren, wenn sie vermeinen, die beträchtliche Zunahme der wirtschaftlichen Kämpfe zur Verdächtigung der Gewerkschaften ausbeuten zu können. Bei näherer Betrachtung der Sache ergibt sich nämlich, daß, wenn schon Gesetze in gedachtem Sinne geschaffen werden sollen, diese sich gegen die Unternehmer, nicht aber gegen die Arbeiterschaft zu richten hätten. Auch im verfloßenen Jahre wurden mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 Prozent aller Kämpfe zur Abwehr gegen Maßnahmen und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterschaft geführt. Im Jahre 1902 waren 66 4 und 1901 60 0 Prozent, im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Prozent aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren übte sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Aussperrungstaktik. In den letzten vier Jahren waren nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 73 644 Beteiligten, von denen 51 961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1 937 108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4 833 760 Mark hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden. Auch in den letzten Jahren ist die Angabe über den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst noch nicht vollständig. Die vorliegenden Zahlen sind aber völlig ausreichend, um zu erweisen, daß den Unternehmern der größere Teil der Schuld bei den Schäden, die unmittelbar durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Volkswirtschaft zugefügt werden, beizumessen ist. Wenn dem aber nicht so wäre, wenn in all diesen Kämpfen die Arbeiterschaft der angreifende Teil gewesen wäre, so läge noch lange kein Grund vor, über die unmittelbar hervortretenden Nachteile zu klagen, oder gar durch Gesetzesmaßnahmen die Arbeiterschaft zu zwingen zu wollen, von ihrem Bestreben zu lassen, denn der Vorteil, der aus diesen Kämpfen für die Gesamtwohlfahrt des Volkes sich ergibt, ist größer als der Nachteil, der durch Ruhenlassen der Betriebsfähigkeit in einzelnen Gewerben entsteht. Für vernünftig denkende Menschen gilt nach wie vor das, was der Kommissar des Arbeitsamts des Staates New York in seinem Jahresbericht von 1888 sagte: „Streiks haben geholfen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Lage nicht einzelner Arbeiter, sondern der Menschen überhaupt zu bessern.“ Wir sehen in den Streiks durchaus keinen Nachteil, sondern betrachten sie als einen bedeutenden Faktor für den Fortschritt der Menschheit. Die Gewerkschaften suchen trotzdem aber keine Streiks herbeizuführen, sondern sie nach Kräften zu vermeiden, sofern sie ihren Zweck in irgend einer andern Weise erreichen können. Und sie erreichen ihren Zweck wohl noch mehr durch die Lohnbewegungen, die nicht zu einer Arbeitsbeeinträchtigung führen, als durch die Streiks.

Die gesamten 1903 geführten 1282 wirtschaftlichen Kämpfe mit 121 593 Beteiligten, worunter 12710 Arbeiter

rinnen sich befanden, verursachten den Gewerkschaften eine Ausgabe von 5 080 984 Mk.

88964 Streikende resp. Aussperrte, für die in der Statistik der Verlust an Arbeitsstunden angegeben ist, hatten einen Verlust an Arbeitsstunden von 2 622 232 und an Arbeitsverdienst von 7 675 937 Mk. Für 1259 Streiks und Aussperrungen war das Resultat am Schluß des Jahres bekannt. Von diesen waren 623 = 49,4 Prozent erfolgreich, 239 = 19,0 Prozent teilweise erfolgreich, und 359 = 28,5 Prozent erfolglos. Im Jahre 1902 waren von den 802 Streiks und Aussperrungen, deren Ausgang bekannt war, 43 6 Prozent erfolgreich, 19,5 Prozent teilweise erfolgreich und 36,9 Prozent erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe war mithin im Jahre 1903 günstiger als im Vorjahre und auch günstiger wie im Durchschnitt der Jahre 1893 1902. In diesem Zeitraum waren 47,2 Prozent der Streiks erfolgreich. 21 Streiks waren am 1. Januar 1904 nicht beendet.

Auf die einzelnen Berufe verteilt ergibt sich, daß den größten Prozentsatz erfolgreicher Streiks die Gruppe Baugewerbe mit 54,4, dann die Holzindustrie mit 53,8 und die Metallindustrie mit 47,7 Prozent aufweisen.

In stetig wachsendem Maße greift das Unternehmertum zu dem brutalen Mittel der Aussperrungen, um damit die Gewerkschaften niederzuwerfen. Das Mittel hat sich bisher als ungeeignet erwiesen und es wird in Zukunft genau so sein. Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemeinschädliche Treiben der Unternehmerorganisation geboten wird, darf nicht unbenuzt vergraben bleiben und deswegen erscheint es geboten, die Aussperrungen besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Aussperrungen in der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind.

Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 82 Aussperrungen, wovon 4 Katausperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45 763 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32 036 Aussperrte 1 512 771 Tage. Aussperrte wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfielen. Die Kosten der Aussperrungen belaufen sich auf 1 798 801 Mark, worin die Ausgabe für Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Man kann sich denken, daß die Unternehmer das Mittel der Aussperrung nur anwenden, wenn sie glauben, ihres Erfolges sicher zu sein. Darin können sie sich aber täuschen, wie der Ausgang der Aussperrungen, von denen immerhin die meisten erfolgreich für die Arbeiter verlaufen, beweist.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen belaufen sich im Jahre 1903 auf 5 080 984 Mark. Davon kamen 4 511 621 Mark = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 Mark durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 Mark durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336 799 Mark durch Sammlungen und 40 348 Mark vom Auslande. In den Jahren 1890—1904 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 173 064 Mark, wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 834 Mark an Unterstützungsgeldern gesandt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtslos und ohne je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird. C. Legien.

Rußland und Japan.

Die russische Flotte wird vom Unglück verfolgt; schon wieder ist eines ihrer Schiffe von einem schweren Unfall betroffen worden. Das „Neutische Bureau“ verbreitet folgendes Telegramm aus Tokio: „Der Panzer „Sewastopol“ hat am Dienstag morgen Port Arthur verlassen und ist auf eine Mine aufgelaufen. Das Schiff legte sich stark auf die Steuerbordseite und mußte in den Hafen zurückgeschleppt werden.“ Von russischer Seite liegt eine Bestätigung dieser Nachricht bisher noch nicht vor. Die Depeschen über Port Arthur selbst fahren fort, sich zu widersprechen. Die augenblickliche Lage ist in Petersburg völlig unbekannt. Nach einer Nachricht des „L.A.“ aus Tientsin dauert der Kampf um die Positionen beim goldenen Hügel seit Sonntag fort. Port Arthur soll in den letzten 24 Stunden durch das Bombardement mehr gelitten haben, als während der ganzen

vorigen Woche. Die Führer einer Mittwoch in Tschiu eingetroffenen Eskadre, die in der Nacht vom 21. ds. Mts. Kap Mauteshan verlassen hat, berichteten, es sei den Japanern gelungen, das Fort auf dem Tschau-Berge und ein anderes, ungefähr eine halbe Meile südwestlich davon gelegenes Fort zu besetzen. Die Japaner hätten die Muffen von dem Paradeselbe vertrieben und zwei Forts bei Tschautschankau innerhalb der östlich von Port Arthur gelegenen Befestigungen zerstört. In Port Arthur selbst sei kaum ein einziges Gebäude unbeschädigt. Das Rathaus und das Magazin seien zerstört. Vier große Schiffe seien kampfunfähig. Nur ein einziges habe noch Kanonen an Bord. Der teilweise Mißerfolg des japanischen Angriffs sei auf das fürchtbare Feuer der Forts und auf die große Anzahl der Minen zurückzuführen.

Die Lage in Schanghai beginnt infolge der hartnäckigen Weigerung der Russen, den schwebenden Hafen zu verlassen, einen immer bedrohlicheren Charakter anzunehmen. Man befürchtet, daß, falls diese Weigerung fortbauert, die vor dem Hafen kreuzenden japanischen Schiffe Gewalt anwenden werden, um sich der beiden russischen Panzer „Asol“ und „Grosowoi“ zu bemächtigen. Jedessen hat man alle Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich noch nicht ganz aufgegeben. Man glaubt vielmehr, auf die dringenden Vorstellungen des englischen Konsuls würden der „Asol“ und der „Grosowoi“ schließlich doch noch abzurufen. Die russische Admiralität soll der „Diana“ ähnliche Weisungen erteilt haben; dieselbe würde in Saigon ebenfalls abzurufen. Allerdings macht Rußland seine Bereitwilligkeit von der Zusage abhängig, daß die abgerückten Schiffe keinerlei Belästigung durch die Japaner ausgeübt werden. Wie aus Paris gedruckt wird, verlangt Rußland eine von Japan an die neutralen Mächte zu gebende bündige Zusicherung, daß gegen die abgerückten Schiffe kein Gewaltstreik unternommen werde. Japan soll auch geneigt sein, diesem Vorschlag näher zu treten, wenn er in solcher Form gemacht würde, daß die japanische Regierung keine Kritik ihres Vorgehens gegen den „Rettschitani“ zu erblicken hätte.

„Echo de Paris“ meldet aus Petersburg: Admiral Alexjew berichtet in seinem Rapport an den Zaren, daß sich die Verluste in dem Seegefecht vom 10. d. M. auf fünf Offiziere und 350 Mann tot und 20 Offiziere und 300 Mann verwundet belaufen. Wie dasselbe Blatt weiter berichtet, ist der in den Hafen von Saigon eingelaufene russische Kreuzer „Diana“ stark beschädigt. Ein Geschöß tötete einen Offizier und 3 Mann und verwundete 23 Mann. Die „Diana“ ging zunächst nach Schantung, wurde aber gezwungen, den Kurs zu ändern, da sie japanische Torpedoboote traf, welche neun Torpedos gegen sie abschossen, ohne indessen zu treffen.

Dem „Daily Express“ zufolge geht aus einem Befehl der Japaner an den Vartarengeneral in Mukden deutlich hervor, daß ihr Ziel nicht mehr Ulaogang, sondern Mukden ist. Sie haben dem chinesischen Funktionär, der bisher zwischen den beiden Kriegführenden schwankte, den absoluten Auftrag zukommen lassen, den Russen keine wie immer geartete Hilfeleistung angedeihen zu lassen; für den Fall eines Ungehorsams bedrohen sie ihn mit allen Folgen einer Neutralitätsverletzung. Sie rechnen offenbar mit dem Siege in der bevorstehenden großen Entscheidungsschlacht zwischen Ulaogang und Mukden, auf die alle gegenwärtigen Bewegungen beider Heere hingedrungen.

Ueber den Kampf mit dem „Nowik“ liegen jetzt weitere Einzelheiten, sowohl von japanischer wie russischer Seite, vor. Die Mitteilungen aus Tokio ergeben, daß es sich um einen Einzelkampf zwischen „Nowik“ und „Tschushima“ handelte. Nach einem blutigen Kampfe zog sich der „Nowik“ nach Korsakow zurück, zwang aber die „Tschushima“ durch einen Schuß in den Kohlenbunker, sich zur Ausbesserung der erlittenen Schäden ebenfalls zurückziehen. Am nächsten Morgen fand die „Tschitose“ den „Nowik“ auf dem Strande stark auf der Seite liegend, zum Teil unter Wasser. Die „Tschitose“ beschuß dann noch eine Stunde lang den „Nowik“. Die amtliche russische Meldung berichtet über den Vorgang: „Der Kreuzer „Nowik“ nahm nach dem Kampfe bei Port Arthur neue Kohlenvorräte in Tsingtau, umsetzte Japan, näherte sich dann Korsakow durch die La Perouse-Straße 15 Meilen von Korsakow traf er den japanischen Kreuzer „Tschushima“, der doppelt so stark armiert war. In dem darauf folgenden Kampfe wurden ihm durch ein japanisches Geschöß Steuer und Dampfessel beschädigt. Der „Nowik“ zog sich nach Korsakow zurück, da er nicht mehr manövrieren konnte. Der Kreuzer „Tschushima“ verfolgte ihn nicht, da er selbst stark beschädigt war. Zu gleicher Zeit näherte sich der japanische Kreuzer „Tschitose“, zerstörte den „Nowik“ und bombardierte die Stadt. Der „Nowik“ sank. Mannschaften und Offiziere wurden gerettet, nur zwei Matrosen fanden den Tod, und ein Offizier und 12 Mann wurden verwundet.“

Der englische Dampfer „Comedian“ ist in den südafrikanischen Gewässern von einem russischen Kreuzer angehalten und nach Prüfung der Papiere wieder freigegeben worden. Dieses anscheinend so unwichtige Ereignis kann den Russen leicht verhängnisvoll werden. Die „Times“ will nämlich erfahren haben, der russische Kreuzer sei die „Smolensk“ gewesen und erklärt, wenn diese Behauptung richtig sei, so sei unzulässig eine ernste Gefahr entstanden; es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Angelegenheit in ein akutes Stadium getreten sei, das eine schnelle und kräftige Behandlung erheische.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Was Bebel gesagt hat. Wir haben schon gestern erklärt, daß die bürgerliche Presse fälscht, wenn sie behauptet, Bebel habe auf dem Antwerpener Kongress erklärt, er habe nichts dagegen, wenn Deutschland sein Kaiserthum durch einen unglücklichen Krieg los werde gleich Frankreich. Der „Vorwärts“ bringt nun auch die genaue Feststellung des Wortlauts der betreffenden Stelle der Bebel'schen Rede. Bebel bemerkte: Auch die Franzosen hätten das Wahlrecht von Kaisers Gnaden, und nicht die revolutionären Arbeiter hätten die politische Freiheit erobert, sondern dies sei die Folge des Zusammenbruchs des verlotterten Kaiserthums, das nach Sedan führte. Und Bebel fügte hinzu: „wenn unter ähnlichen Verhältnissen zwischen Volks- und Kulturinteressen einerseits und dynastischen Interessen andererseits wir das Kaiserthum verlernen würden, so wäre das kein Schade für das deutsche Volk und seine Kulturinteressen.“ Bebel hat also keinen unglücklichen Krieg für Deutschland gewünscht. Er hat lediglich gesagt, wenn das deutsche Regime einmal zu der Verlottertheit des französischen Regimes von 1870 entarten sollte, so würde die deutsche Nation nichts verlieren, wenn eine Niederlage dieses Systems dem Volke die Möglichkeit der Wiedergeburt verschaffe. Es ist kein Wunsch, sondern einfach die Feststellung einer Tatsache. Einer Tatsache, die nur eintreten könnte, wenn Zustände bei uns wären, wie sie in Frankreich vor 1870, oder im jetzigen Rußland bestehen, wo die Massen des Volkes den Sieg des Landesfeindes wünschen. Es hat aber noch kein deutscher Sozialist behauptet, daß es in Deutschland von 1904. Glaubt das Zeitungsgesindel, das über den Hochverräter Bebel schreit, vielleicht, daß es in Deutschland einmal auch dahin kommen müsse! Das wäre allerdings eine feine Schmeichelei für unsere Herrschenden!

Eine Erklärung, aber keine Anklage! Die Presse hatte nahezu einmüthig bemängelt, daß die Berliner Inflation aus dem Herero-Kriege, besonders nach dem Gefechte vom 11. August, so lange auf sich warten ließen. In einem Telegramm gibt jetzt Trotha folgende Erklärung dafür: „Der Feststellung ist gefestigt gewesen. Der Hellograph aber war durch Telegramme für die Operationen überlastet, so daß die namentliche Berichterstattung durch eine Offizierspatrouille nach Otahandja auf den Draht gebracht werden mußte.“ — Diese Erklärung kann uns nur wenig befriedigen, und zwar um so weniger, als sie sich nicht einmal Mühe gibt, Aufklärung darüber zu schaffen, wie es möglich war, daß die Offiziers-Berichterstattung präzis eintraf, während die Mannschaftrichter so spät nachkamen!

Ein Umschwung in der Haltung Deutschlands gegenüber Rußland? Es scheint, als ob die deutsche Regierung im russisch-japanischen Kriege sich jetzt mehr auf die Neutralität besänne. Vor längerer Zeit wurde berichtet, daß auf der West- der Schiffsbau-Gesellschaft Balkan zu Sietin Torpedoboote für Rußland gebaut werden. Die Torpedoboote sollten als Halbjahrboote gebaut und auf einer Reise in Höhe fertig montiert werden. Ein Dementi dieser Nachricht ist niemals erfolgt, denn die Sache hatte ihre volle Wichtigkeit. Die Torpedoboote gehen nun ihrer Vollendung entgegen. Am Donnerstag den 18. August wurde jedoch, wie Herrmanns „Montagsblatt“ erzählt, von der Direktion des Balkan plötzlich die Anweisung gegeben, mit den Arbeiten für die Torpedoboote anzuhalten, und zwar geschah dies in allen Werkstätten. Die Verluste, die diese Anweisung auf einen Wint von Berlin erlangten, denn für den Balkan war der Auftrag ein gutes Geschäft. Die Direktion des Balkan war auch sonst Rußland gefällig. So hat sie von ihrer eigenen, gut gearbeiteten Arbeiter eine größere Zahl mit einigen Meistern nach Sietin geschickt, die dort im Schiffbau tätig sind. Die Arbeiter mußten sich verhalten, mindestens ein Jahr in Rußland zu bleiben. Da die Löhne bedeutend höher als auf dem Balkan sind, gingen die Arbeiter bereitwillig darauf ein; einige haben bereits ihre Frauen nachkommen lassen. Diese Hilfe verleiht selbstverständlich nicht gegen die Neutralität, dagegen ist der Bau der Torpedoboote während der Dauer des Krieges eine Neutralitätsverletzung, die Japan nicht ruhig hinsehen dürfte.

Neue Auslieferungen. Von der japanischen Seite wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Russische Deserteure passieren täglich die ostasiatische Grenze. Wenn sie nicht auf Grund gefälschter Pässe die russischen Kontrollstationen passieren können — in Rußland beschaffen sie sich diese mit der Unterstützung und dem Verkauf gefälschter Pässe, die ihrer bezogen werden müssen — dann werden sie in Rußland an verschiedenen Stellen bewacht. Die Grenze zu überqueren, ein Boot haben, das gegenwärtig in Folge der hohen Wasserstände des Amurflusses in großer Menge gefloht ist, ist ein geringes Hindernis, und in ein russisches Boot zu steigen, das in der Nähe von Sietin am Amur steht, ist für die Deserteure kein Hindernis. Die Deserteure, welche den russischen Grenzposten entgehen, sind dann aber leicht gefangen. In den meisten Fällen werden sie in den meisten Fällen zum Amur gebracht, wo sie in den meisten Fällen zum Amur gebracht werden. Die Deserteure, welche den russischen Grenzposten entgehen, sind dann aber leicht gefangen. In den meisten Fällen werden sie in den meisten Fällen zum Amur gebracht, wo sie in den meisten Fällen zum Amur gebracht werden.“

Kollaboration, Deuthen oder Gleichwohl entgeht, wird sicher in Randruin g'langen, wo eine ganz besonders gründliche Revision der Wagen etc. erfolgt. Die Erwischten, die meist nicht das zur Reise nach England oder Amerika erforderliche Geld haben, werden als mittellose Ausländer ausgewiesen, d. h. sie werden an die russische Grenze nach Sosnowice gebracht und dort von russischen Beamten in Empfang genommen. Auf diese Weise wurden am Sonnabend neun russische Flüchtlinge ausgewiesen. Wer von den Unglücklichen über die galizische (österreichische) Grenze zu flüchten vermag, hat das bessere Theil erwählt, da die dortigen Behörden die Armen, auch wenn sie ganz mittellos sind, nicht ausweisen.

Die Rechnung für den Herero-Krieg. Die „Schlesische Zeitung“ teilt mit, daß der dem Reichstage im Herbst zugehende Nachtragsetat für die Bekämpfung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika 20 Millionen Mark überschreiten wird. Die Gesamtkosten für die Bewältigung des Aufstandes seien mindestens auf 50 Millionen Mark zu beziffern. Als Genosse Bebel gleich bei Beginn des Aufstandes die Kosten des Krieges auf 50 Millionen Mark schätzte, verhöhte man ihn als „Propheten“, dessen Ankündigungen sich nicht erfüllen.

II. Hauptversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen. In den „Zentralblättern“ in München begann Montagmorgen der Kongress der deutschen Ortskrankenkassen. Die Versammlung ist von zahlreichen Delegierten aus ganz Deutschland besucht; als Vertreter der österreichischen Ortskrankenkassen ist Dr. Leo Vertaus erschienen. Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse München, Wittl, begrüßt die Versammlung im Namen der Münchener Kasse. Namens der Stadt sprach der rechtskundige Magistratsrat Sidenberger. Als Vertreter der Kreisregierung für Oberbayern und als Vorsitzender der Versicherungsanstalt dieses Kreises hieß Oberregierungsrat Krieg die Kongreßteilnehmer willkommen. Ferner sind vertreten die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch Schmitt-München und verschiedene ärztliche Korporationen. Der eingeladene Vertreter der Zentralkommission, Sätmer, ließ sich entschuldigen. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, nachdem noch Graf Spreiti als Vertreter des Ministeriums des Innern begrüßt worden war. Im Rahmen des Geschäftsberichts kam die zur Zeit brennende Frage zur Sprache. Das Verhalten der Ärzte in dem gegenwärtigen Kampfe zwischen Ärzten und Krankenkassen vielerorts sei höchst ungerechtfertigt, denn schließlich sei die Krankenversicherung keine Einrichtung zur Sicherung von ärztlichen Einnahmen, wie dies von einem großen Teil der Ärzte angenommen zu werden scheint. Da aber der Streitgegenstand noch nicht aufgearbeitet sei, so wurde auf Antrag der Delegation hierüber geschlossen. Die Bekämpfung der Lungenkrankheit bildete das Thema eines Vortrages des Hofrates Dr. Mah-München. Wenn eine Volkskrankheit, Cholera u. dergleichen, führte der Redner aus, dann werden sofort alle und die strengsten Vorkehrungen getroffen, um die Sache zu unterdrücken. Leider sei dies aber bei der verheerendsten und am weitesten ausgebreiteten Volkskrankheit, der Lungenkrankheit, bis in die letzte Zeit hinein unterlassen. Die unermesslich große Gefahr sei zu spät erkannt worden. Verhältnismäßig zehnmal mehr seien 1892 an der Tuberkulose als an der Cholera gestorben, selbst der verheerendste Krieg fordere nicht so viel Opfer, als diese internationale Volkskrankheit. Dreimal so viel als beim Kriege 1870-71 seien durch die Tuberkulose dem Tode anheim. Die Zahl der bewußt oder unbewußt an Tuberkulose Leidenden betrage Millionen, und nach einer im Jahre 1899 angestellten Statistik macht sich jährlich bei 226 000 Tuberkulösen die ärztliche Hilfeleistung notwendig. In Deutschland hat die Erziehung von Heilstätten den Anfang in der Bekämpfung der Tuberkulose gemacht. Die vom Staat, von den Versicherungsorganen usw. geschaffenen Tuberkuloseheilanstalten seien das sicherste Mittel in der Bekämpfung dieser Volkskrankheit, denn ein spezifisches Heilmittel existiere nicht. Heute können in den deutschen Heilstätten bei dreimonatigem Aufenthalt jährlich 40 000 Menschen zur Behandlung kommen. Ein mächtiger Bundesgenosse im Kampfe gegen die Tuberkulose sei die persönliche Hygiene, das Spreuerverbot in allen Lokalen. Nicht vergessen dürfe man, dem Körperlichem auf diesem Gebiet energisch entgegenzutreten. Der Redner forderte zum Schluß auf zum Kampfe gegen diese internationale Volkskrankheit. Graf-Franckh a. M. referierte beim dritten Punkte der Tagesordnung über die Tätigkeit der beim vorjährigen Kongress in Breslau eingesetzten Kommission, die die Beratung der Anstellung, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Kassenbeamten vornahm. Man dürfe nicht, wie es manche kleinen Kassen machen, nach außen hin den Kampf gegen die Tuberkulose führen und seine Branten selber in dem mit der Bekämpfung der Lungenkrankheit nicht in Einklang stehenden Bekämpfung belassen. Wenn ein kleiner Hauswerkmeister sage, er könne seinen Gehalt nicht so wie es erforderlich entlohnen, um nicht heutzutage zu gehen, so halte man ihm entgegen, er solle seine Schweißarbeit aufgeben und in die Fabrik gehen. Gerade so sei es bei den kleinen Kassen. Wenn sie nicht im Stande seien, ihre Beamten menschenwürdig zu bezahlen, dann sollten sie ebenfalls ihre Schweißarbeit aufgeben, sich zentralisieren und aus 20 oder noch mehr Kassen aus drei eine Ortskrankenkasse machen. Ueber die von der Kommission gestellten Anträge zur Aufstellung einer Gesundheitskassa für die Kassenbeamten sowie über die übrigen Dispositionen berichtete eine große Reizergörungsversammlung auf Grund deren die ganze Angelegenheit nochmals zur Beratung an die Kommission zurückging. Die Geschäftsberatung wurde auf den nächsten Tag zurückgestellt.

Der große König Bataleka. Unter diesem Titel erschien im Anfang dieses Jahres in einem Wiener Verlage ein Buch, welches auch bei Deutscher Buchhändler Abzug hat. Es wurde bald beschlagnahmt, da sich herausstellte, daß es viele verheerliche Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser enthält. Am Donnerstag wurde das Buch in Folge des obigen Beschlusses einer Kommission der kaiserlichen Hofkanzlei des Reichs in Wien. Es gelangte bei dieser Kommission zu dem Beschlusse, das Buch als unzulässig zu erklären und in allen öffentlichen Bibliotheken zu verbrennen.

Die triumphierende Kirche. Der Jambcker Kirchenstreit hat jetzt eine Lösung gefunden, die alles über dem eine Niederlage des Bischofs von Jambek ist. Der Jambek Friedhof war bekanntlich von dem Bischof mit dem Interdikt belegt worden, weil dort ein Protestant beerdigt worden war. Diese und ähnliche Handlungswiese des Bischofs, die noch dazu einen gesetzwidrigen Uebergriff bedeutete, hatte eine lebhafteste Erregung der öffentlichen Meinung zur Folge, und auch Wilhelm II. hat dem Bischof sein Mißfallen darüber ausgesprochen. Das Interdikt wurde darauf zurückgezogen. Wie nunmehr aus einer Bestimmung des Kreisdirektors in Diebenhofen hervorgeht, beabsichtigt jetzt die Gemelnde Jambek, in dem neu anzulegenden Kirchhof unter Zustimmung der Regierung eine besondere Abtheilung für Protestanten einzurichten. Der Bischof hat es also erreicht, daß die Jambeker Katholiken „protestantisiert“ beerdigt werden. Seine „Niederlage“ in dem Kirchenstreit ist ganz von derselben Art wie die Niederlage des Trierer Bischofs Forum in dem Schulstreit. Beide haben formell nachgegeben, haben aber sachlich alles erreicht, was sie erreichen wollten.

Verdeutschung polnischer Ortsnamen. Eine Namensänderung mehrerer polnischer Landgemeinden ist angeordnet worden. So heißt fortan Komorowo: Deutschthal, Lubowo: Gausland; Friedersdorf: Wallkiewo; Wallen, Komoropol: Ebenfeld und Storzewo: Grünheim. Hurra, Germania!

Erstklassige — Rowdies. Vor der Strafkammer in Hannover wurde Mittwoch gegen den Leutnant a. D. Baron von Bodenhausen, Hauptmann a. D. Besser und Hauptmann Hebe, sämtlich aus Berlin, wegen Widerstands und tätlichen Angriffs gegen Schulente, bezw. Bedrohung und Verleumdung derselben und wegen ruhestörenden Lärms verhandelt. Die Angeklagten waren am 31. Mai dieses Jahres morgens zwischen 3 und 4 Uhr, aus einer Weinkube kommend, wegen lauten Benehmens auf der Straße — sie machten unter Kommandorufen Parade-marsch — nacheinander von mehreren Schulentlen erfolglos zur Ruhe verwiesen worden. Schließlich gerieten sie, insbesondere v. Bodenhausen, mit den Schulentlen in ein Handgemenge, wobei, wie seiner Zeit von uns gemeldet ist, von Bodenhausen durch Säbelstöße niedergebunden wurde und einen lebensgefährlichen Schädelbruch davontrug. Bei diesem Renkontre sollen sich auch die übrigen Angeklagten des tätlichen Angriffs und der Bedrohung und Verleumdung schuldig gemacht haben. Es sollen unter anderem Rufe gefallen sein wie: Henterknechte, Blutvunde, schlagt die Hunde tot usw. Die Angeklagten ihrerseits behaupteten, von den Schulentlen grundlos angegriffen zu sein, insbesondere sei v. Bodenhausen ohne Anlaß einfach niedergebunden und noch am Boden mit dem Säbel bearbeitet worden. Auf Grund der jähigen, beinahe sechsständigen Verhandlung wurden verurteilt: von Bodenhausen wegen Widerstand und lässlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis, Besser wegen Verleumdung zu 40 Mark Geldstrafe. Außerdem erhielten sämtliche Angeklagte wegen groben Unfugs und ruhestörenden Lärms je 30 Mark Geldstrafe.

Eine neue Verurteilung. Wie amtlich gemeldet wird, fielen im Gefechte bei Dmatupa am 15. August: Unteroffizier Oskar Schoder aus Bähn (Kreis Siegnitz), früher beim 2. Garde-Dräger-Reg.; Reiter Otto Handrock aus Raumburg a. d. S., früher Regt. Nr. 71; Reiter Hermann Kämmler, früher Dräger-Regt. Nr. 4; Gefreiter Wilhelm Mayer aus Tasse bei Spremberg, früher Regt. Nr. 12. Schwerverwundet: Oberleutnant Bischoff, früher Regt. Nr. 132, Schuß in den rechten Fuß; Unteroffizier Paul Kanitz, früher Dräger-Regt. Nr. 2 Gefächtschuß; Reiter Emil Wörörs, früher Wionier-Bat. Nr. 5, Arm- und Hüftschuß. Leichtverwundet: Leutnant Matien, früher Regt. Nr. 115, Streifschuß in der linken Hand; Unteroffizier Oswald Standow, früher Regt. Nr. 96, Streifschuß am Hals. Im Gefechte bei Dmatjatjewa am 13. August: Schwerverwundet: Gefreiter Willers, früher Regt. Nr. 75, Schuß in den Kopf; Reiter Steindorf, früher Regt. Nr. 26, Schuß in die Schulter. Leichtverwundet: Reiter Christoph, früher Gren.-Regt. Nr. 1, Streifschuß. Reiter Kruber, früher Eisenbahn-Regt. Nr. 3, erschoss sich am 19. Juli in Spatiro infolge eines Anfalles augenbildlicher Geistesstörung. Auch der Typhus hat neue Opfer gefordert. Der Reiter Friedrich Wilhelm Buschheim aus Dugherow (Kreis Anklam), geb. am 16. Juli 1882, ist am 19. August in Dijosouba und der Gefreite Johann Reichmann aus Rotenditold am 22. August in Otahandja an Typhus gestorben.

Kleine politische Nachrichten. Die letzten auf dem Bermudas-Inseln wegen Kreuzerüberweigerung gefangenen gehaltenen Buren sind dieser Tage in New York eingetroffen. Sechzehn gehen als Kolonisten nach Mexiko, acht nach Afrika. — Oberst Maschin, das Haupt der serbischen Königsmörder, reiste nach Rußland. Es heißt, seine Pensionierung stehe bevor. — Die Truppen des Prätendenten von Marokko erlitten eine schwere Niederlage.

Rußland.

Wie der Zar „begnadigt.“ Das vom Zaren anlässlich der Geburt des Großfürsten-Thronfolgers erlassene „Gnaden-Manifest“ heißt die Körperstrafe für die bäuerliche Bevölkerung sowie für die Soldaten des Heeres und der Flotte auf, wo sie noch für wiederholte Pflichtverletzung zur Anwendung gelangt. Ferner werden in dem Manifest alle Rückstände von Ablösungszahlungen von Landbesitzern abgeben und anderen Steuern den Bauern erlassen. Auch befreit das Manifest die bäuerliche Bevölkerung von der Rückzahlung der für Verpflegungszwecke bei Militärten erteilten Darlehen; außerdem werden verschiedene Geldstrafen erlassen. Vergehen, welche sonst mit Geldstrafen, Arrest und Festungshaft ohne Rechtsverlust bestraft werden, bleiben unbestraft, wenn sie am Tage der Geburt des Thronfolgers noch nicht gerichtlich angeklagt waren oder ein gerichtliches Urteil noch nicht erfolgt ist. Das „Gnadenmanifest“ enthält ferner eine Reihe Vergünstigungen für Verbrecher und Sträflinge. Politische Verbrecher, welche sich durch gute Führung ausgezeichnet haben, können nach beendeter Straftat auf Fürsprache des Justizministers ihr Bürgerrecht wiedererlangen. Politische Verbrecher, welche mindestens 15 Jahre vor der Geburt des Thronfolgers begangen haben und bis zu diesem Tage unbest

kann geblieben, werden der Vergessenheit anheimgegeben. Politische Verbrecher, die ins Ausland geflüchtet sind und in die Heimat zurückzukehren wünschen, können durch den Minister des Innern die Erlaubnis dazu nachsuchen. Die weiteren „Vergabungen“ sind ähnlicher Natur. Es soll nach etwas ausbleiben, in Wirklichkeit steht aber so gut wie nichts dahinter. Schließlich stellt das Manifest noch die Versorgung und Erziehung von Kindern der im Kriege gegen Japan gefallenen Offiziere und Unteroffiziere in Aussicht, obwohl es doch die selbstverständliche Pflicht des Staates ist, für die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Militärs zu sorgen. Wie wenig von dem ganzen „Gnadenlaß“ zu halten ist, geht auch noch aus einem zweiten Petersburger Telegramm hervor, das dem ersten folgt. Da heißt es nämlich: „Ein Tagesbefehl des Kaisers ordnet auf gesetzgeberischem Wege an, den finnländischen Militärbezirk aufzuheben und dem Petersburger einzuberleihen.“ Herrlich, dieser Zar in Gnadensimmung! Nicht einmal den Tag, wo er zu seinem Volke besonders gütig sein wollte, konnte er vorübergehen lassen, ohne dem Reich ins Gesicht zu schlagen. Laut der vom Zaren beschworenen Verfassung hatte Finnland eine eigene Militärverwaltung. Kein Finnländer durfte außerhalb seines Landes zum Heeresdienst herangezogen werden. Nikolaus II. brach diese Verfassung. Er ließ die Finnländer Truppenkörper irgendwo in Rußland einverleiben. Und jetzt benutzt er den glorreichen 24. August, den Tag der Gnade, dazu, um dem Verfassungsbruch das Siegel aufzudrücken! Dauernd wird Finnlands militärische Selbständigkeit beseitigt, „auf gesetzgeberischem Wege.“ Fürwahr, ein Quäntchen Volksrecht ist besser als hundert Bentner Jarengnade!

Neue Opfer für Sibirien! Nach Meldungen Wiener Blätter aus Krakau wurden in der Nacht zum Dienstag in Oesterreich an der russischen Grenzstation Granika drei russische, der Aristokratie angehörende Damen von der russischen Behörde verhaftet. Es war eine Untersuchung des Gepäcks und die Konfiskation von Büchern und Schriften vorhergegangen. Die Damen hatten Fahrkarten erster Klasse von Wien nach Moskau. Unter Eskorte von Gendarmen wurden sie in die Festung Pietkowo übergeführt.

Frankreich.

Verbesserung des Soldatenlozes. Der französische Kriegsminister General Andre hat im Laufe seiner Amtstätigkeit mancherlei Reformen geschaffen, unter andern auch solche, denen man den guten Willen, das Los der Soldaten zu verbessern, nicht absprechen kann. Auch kürzlich hat er wieder an die Regimentskommandeure ein Zirkular erlassen, in welchem er auf frühere Verordnungen verweist und Bericht einfordert. In jenen, schon vor längerer Zeit erlassenen Direktiven hat der Minister angeordnet, daß die Regimentskommandeure nicht bloß für militärische, sondern auch für bürgerliche Ausbildung der Soldaten sorgen sollen. Sie haben dabei die Mithilfe von Gesellschaften oder auch Privatpersonen in Anspruch zu nehmen. Neben der militärischen Ausbildung sollen die Soldaten Unterricht durch Vorträge aus dem Gebiete der Volkswirtschaft, Moral, der Kunst usw. erhalten. „Man bemühe sich, den Soldaten die Idee der Solidarität und der Toleranz beizubringen.“ Ferner soll durch Erziehung von Bibliotheken, Les- und Unterhaltungsplätzen, durch Arrangierung von Theateraufführungen usw. für die Erholung der Soldaten gesorgt werden. Ist dies auch nicht all zu viel, so sind diese Maßnahmen, vorausgesetzt, daß sie von den Herren Regimentschefs auch wirklich durchgeführt werden, doch geeignet, einige Abwechslung in den monotonen Kasernenrhythmus zu bringen, das Leben der Soldaten etwas heiterer zu gestalten und den engen Blick des militärischen Geistes etwas zu erweitern.

Der Ausstand der Hafnarbeiter und Seeleute in Marseille. Die Zahl der streikenden Hafnarbeiter und eingeschriebenen Seeleute in Marseille beziffert sich, nach einer Meldung des „Vol. Anz.“ aus Paris, auf 18000 Mann. Bisher konnte die Gendarmen und die Schutzmännschaft die Beförderung der als Transportschiffe verwendeten Kreuzer, Aviso und Torpedojäger sichern, aber die enormen Schwierigkeiten für diesen Dienst mit ungenügenden und ungeschulten Mannschaften stellen die Gesundheit der Passagiere und Geschäftsleute auf eine harte Probe. Für den Postverkehr nach der Levante und dem äußersten Osten muß die Regierung mit dem Auslande provisorische Abkommen treffen. Minister Pelletan, der in Toulon weilte, wurde von der ersten Schläge durch seine Dienststelle unterrichtet. Man erwartet eine Intervention der Regierung.

Holland.

Russische Spitzel auf dem Amsterdamer Kongress. Wie unsere Leser wissen, waren auf dem Kongress die russischen revolutionären Organisationen stark vertreten. Aber auch die russischen Spitzel hatten sich, wie jetzt fest steht, eingefunden, um ihre künftigen Opfer persönlich kennen zu lernen. Das war zu erwarten; aber nicht zu erwarten war, daß, wie sich jetzt herausstellt, die holländische Polizei den Spitzeln Handlangerdienste leistete. Schon vor Beginn des Kongresses wollte in der Redaktion unseres Parteiorgans „Het Volk“ ein Russe mit Galgenphysiognomie eine Eintrittskarte erlangen; er war von einem Amsterdamer Geheimpolizisten begleitet. Als auf dem Kongress ein Photograph Aufnahme machte, trat der Chef der Amsterdamer Geheimpolizei, Batek, auf ihn zu und sagte: „Nehmen Sie diese Kuffen einmal für mich auf; Sie können selbst bestimmen, was es kostet.“ Der Photograph ist aber ein guter Partizegenosse, kannte auch zufällig den Herrn von der Polizei und lehnte den Indusdienst entschieden ab. Da die niederländische Polizei mit den Russen sicherlich nicht das Geringste zu tun hat, kann es sich nur um eine „Gefälligkeit“ für Rußland handeln. Genosse Polak beschwerte sich als Gemeinderatsmitglied beim Bürgermeister, der in Holland auch zugleich Polizeichef ist. Der Bürgermeister erklärte, daß er von der Sache nichts wisse; vielleicht habe die Staatspolizei eingegriffen. Da aber Batek von der Stadt Amsterdam angeheißt ist wird die Angelegenheit im Gemeinderat, nötigenfalls auch in der Kammer, zur Sprache gebracht werden.

Vereinigte Staaten.

Wurft wider Wurft. Das amerikanische Nahrungsmittelgesetz gestattet, Einfuhrartikel zu verbieten, falls das Ursprungsland den gleichen Artikel ausschließt. Demgemäß

besteht das Ackerbauministerium die deutsche Wurft auszusperren, vorausgesetzt, daß der Generalanwalt in dem von ihm eingeforderten Gutachten die Befriedigung des Ackerbauministeriums für richtig hält.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 25. August 1904

Berufs- oder Laienrichter? In den „Lübeckischen Anzeigen“ veröffentlicht ein Jurist einen Leitartikel über „Bürgerliche und sozialdemokratische Schöffen“, in dem er zu der vollständig verkehrten Schlussfolgerung gelangt, die Sozialdemokratie erstrebe ein bloßes Berufsrichtertum, wie es in vorwärtlicher Zeit bestanden habe. Zum Beweise für diese Behauptung beruft sich der Artikelschreiber darauf, daß der „Vorwärts“ anlässlich des drakonischen Urteils des Marienburger Schöffengerichts gegen Streikführer der Vermutung Raum gab, daß bei diesem Urteil vielleicht Leute aus Unternehmungskreisen mitgewirkt hätten. Hieran war dann die Bemerkung geknüpft worden, daß es sich zeigen werde, ob Elbinger Berufsrichter dieses Urteil aufrecht erhalten würden. Aus diesen Sätzen folgert der Artikelschreiber mit Recht, unter Zentralorgan erhebe gegen die Schöffen, die an diesem Urteil mitgewirkt haben, den Vorwurf der Parteilichkeit. Er versucht dann unter Berufung auf einen einzigen Fall, der sich in Berlin ereignet hat und wo mit ausdrücklicher Zustimmung des Gerichts ein sozialdemokratischer Schöffe an einer Urteilsfällung gegen einen Parteigenossen teilnahm, diesen Vorwurf zu entkräften. Daß ihm dieser Versuch gelungen ist, bezweifeln wir sehr stark.

Ein aufmerksamer Beobachter unserer politischen und sozialen Zustände wird ohne weiteres klar erkennen müssen, daß dem heutigen Staat das Gepräge eines Klassenstaates verliehen ist. Ein Klassenstaat aber kann nur dann bestehen, wenn er aufgebaut ist auf Klassenjustiz und Klassenbildung. So ist es nur zu erklärlich, daß bürgerliche Richter — seien es nun Juristen oder Laien — in dem sozialdemokratischen Angeklagten einen politischen Gegner erblicken, dem sie die ganze Schwere unseres gleichfalls ein Produkt des Klassenstaates darstellenden Gesetzes fühlen lassen. Zum Beweise für diese Behauptung erinnern wir an die Meineidsprozesse gegen unsere Genossen Holtz und Garder in Meddenburg, an den Essener Meineidsprozeß, an die Namen Lübtow, Bromberg u. Die hier gefällten Klassenurteile beweisen zur Genüge, daß die von dem Artikelschreiber vertretene Meinung, die als engherzig verschrieenen Bourgeois hätten eine viel größere Auffassung von dem Pflichtgefühl eines zum Laienrichteraute berufenen Staatsbürgers, als die Sozialdemokraten, eine total irrige und seinem Klassenstandpunkt entsprungene ist.

Vollständig verkehrt aber wäre es, wenn man nun, wie es seitens des Artikelschreibers geschieht, hieraus Schlussfolgern wollte, die Sozialdemokratie sei eine Gegnerin des Laien- und Anhängers des Berufsrichtertums. Mitnichten! Die Sozialdemokratie tritt vielmehr auf das Entschiedenste dafür ein, daß unserer Rechtsprechung der ihr heute innewohnende tote Buchstaben-Charakter genommen wird. In derselben soll frisches Leben pulsen, sie soll aufgebaut sein auf das praktische Leben. Um das zu verwirklichen, ist es notwendig, daß nicht einer in sich abgeschlossenen Klasse von Berufsrichtern, sondern Männern des Volkes die Rechtsprechung übertragen, mindestens aber letzteren das Hauptgewicht in derselben eingeräumt wird. Wirkliche Volksgerichte sollen entstehen! Das ist das Ziel der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Rechtsprechung!

Ein Tarifkuriosum, wie man es in unserer, unter dem Zeichen des Verkehrs stehenden Zeit für ganz unmöglich halten sollte, besteht auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Sie ist diejenige Privatbahngesellschaft, die sich hartnäckig sträubt, den Rückfahrkarten eine 4tägige Gültigkeit beizulegen. Infolgedessen gilt eine Rückfahrkarte Hamburg-Lübeck, auf dem Lübecker Bahnhof in Hamburg geldlos, drei Tage, eine solche Hamburg-Travelmünde vier Tage. Löst man letztere jedoch auf dem Dammtorbahnhof in Hamburg, fährt mit ihr zum Klosterbahnhof und geht von dort zum Lübecker Bahnhof, so gilt sie, weil eine preussische Staatsbahnstrecke mit in Betracht kommt, volle 4½ Tage. Auch dadurch kann man den Rückfahrkarten Hamburg-Lübeck, die ebenfalls eine nur 3tägige Gültigkeit besitzen, 4tägige Gültigkeit beilegen, das man statt ihrer eine Rückfahrkarte nach dem wenige Kilometer weiter gelegenen Gremsmühlen löst, weil auch hier eine Strecke preussischer Staatsbahn in Betracht kommt. Man sieht, der heilige Bureaureis hat bei gewissen Privatgesellschaften auch noch immer genug zu tun.

Wieder eine Schwindelkassette zugewacht. Die Deutsche Volksversicherungskassen- und Unterstützungsstelle, erst in Helfenkirchen, dann in Mülheim-Sturum, ist in polizeiliche Obhut genommen worden. Die Bücher sind beschlagnahmt. Gelber so gut wie garnicht vorhanden. Die Kasse hatte viele Dumme gefangen, die vergebens auf Erfüllung ihrer Ansprüche harren.

Die Bürgerschaft, welche bekanntlich am kommenden Montag zusammentritt, hat sich nur mit der Ernennung von Wahlbürgern zur Vornahme der Neuwahl eines Senatsmitgliedes an Stelle des in den Ruhestand getretenen Senators Dr. Brebner zu beschäftigen.

Ernennungen. Der Senat hat den Kandidaten beim Polizeiamte L. G. W. Rablitz zum Registrator in der Verwaltungsabteilung des Polizeiamtes, den Bureaugehülfen beim Polizeiamte J. Gajens zum Kandidaten zweiter Gehaltsklasse bei dieser Behörde ernannt und den Amtsantritt beider Beamten auf den 1. September ds. Js. festgesetzt.

pb. Diebstahl. Ein beim Bahnbau beschäftigter Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm und seinem Bruder aus dem gemeinschaftlich bewohnten Zimmer folgende Gegenstände gestohlen seien: Zwei rotbraune Cheviot-Jacketanzüge, zwei weiche schwarze Filzhüte, eine silberne Remontuhr mit Nickelkette, drei neue Hemden, zwei Paar Stiefel, zwei Vorhemden, zwei Krager und zwei Schläpfe. Als Täter kommen drei Arbeiter in Betracht, welche am gestrigen Tage die Arbeit beim Bahnbau niederlegten.

Travelmünde. Arbeiterriksa. Dienstagsvormittag fürzte der bei dem Hofbesitzer Benhien in Rönneau tätige hiesige Arbeiter G. F. Holtz von einem Diemen. Die Verletzungen, welche er dabei davontrug, waren so erheblicher Art, daß er denselben Mittwoch erliegen ist. Der Verstorbenen hinterläßt eine Wittve und einen bereits erwachsenen Sohn.

Möln. Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Gastwirts G. C. Büchke am 19. August, nachmittags 5½ Uhr eröffnet und der Kaufmann Klages zum Konkursverwalter bestellt worden. — Die Kammer-Konmission macht bekannt: Die mit dem 1. Oktober d. Js. anzuhaltenden kommenden Garten- und kleinen Landparzellen sollen am Sonnabend, den 27. d. Mts., Mittags 12 Uhr im Rathaus hier selbst auf

den zehnjährigen Zeitraum vom 1. Oktober 1904 bis dahin 1914 öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Möln. Zu Trübsinnshäusern sind seitens der Polizeiverwaltung bestellt worden: im 1. Bezirk Schuhmacher Meyer, Maniusstraße, im 2. Bezirk Barbier Haufer, Hauptstraße Nr. 83, im 3. Bezirk Barbier Geising, Hauptstraße Nr. 7 und im 4. Bezirk Zigarrenmacher Müller, Seefstraße Nr. 44. Dieselben treten ihr Amt am 1. September an.

Schönberg. Ein Streit soll nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen unter den Arbeitern beim Schönberg-Dassower Bahnbau ausgebrochen sein. Die Streitenden fordern nach diesen Meldungen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pfg. Die Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Aus dem Hamburger Zentralgefängnis in Fuhlshüttel sind vier mit Außenarbeiten beschäftigte Gefangene, Zuhälter, entwichen. — Vom Fahrstuhl totgequetscht wurde in Hamburg ein mit der Bedienung desselben betrauter junger Mann. — Oberleutnant Eichler, welcher auf dem Kreuzer „Ariadne“ zur Deckung seiner Schulden eine Geheimsache befeichtigte und seine Dienstgewalt gegenüber einem Schreibersmaaten gebrauchte, wurde, nach einer Kieler Meldung, aus dem aktiven Seesoldatentum ausgeschieden. — Anlässlich eines Streites durchschlug ein Arbeiter in Marne einem andern die Halskugader. Der Geschlagene verstarb nach kurzer Zeit. — Im Hafen zu Hafford fiel abends von einem Bremer Dampfer ein Matrose über Bord und ertrank. Die Leiche wurde erst am andern Tag gefunden. — Auf der Chaussee von Ribnitz nach Marlow wurde infolge Scheuerwens der Pferde das Fräulein Sedellom vom Wagen geschleudert. Sie erlag den hierbei erlittenen schweren Verletzungen.

Hamburg. Die Brauereigewaltigen hoffen nunmehr auf die Hilfe des Gerichts. Sie haben nämlich, 21 an der Zahl, gegen das hiesige Gewerkschaftskartell, angeblich vertreten durch die Genossen Kretschmer, Döring, Henje, Himpel, Hartwig, Hempel, eine Klage auf Schadenersatz in Höhe von 21000 Mk. angestrengt. Nach Aufhebung des ersten Boykotts sei am 4. Juli vom Kartell ohne jede Berechtigung der Boykott von neuem verhängt worden. Durch diese Maßregel sei sämtlichen Klägern ein erheblicher Schaden zugefügt. Jeder habe einen Schaden, der den eingeklagten Betrag von 1000 Mk. weit übersteige, erlitten und erleihe durch die vertragswidrige Aufrechterhaltung des Boykotts diesen Schaden weiter. Die Kläger verlangen Ertrag dieses Schadens von sämtlichen Beklagten auf Grund des am 22. Juni geschlossenen Vertrages, welchen sämtliche Beklagte gebrochen hätten, und auf Grund § 826 B. G. B. Nach dieser Richtung hin wollten sie nur kurz bemerken, daß den sämtlichen Beklagten bekannt sei, daß der größte Teil der Wirte unter dem Drucke der Boykottklärung den Klägern gegenüber geschlossene Verträge zum Schaden der Kläger brechen müßten und nach Absicht der Beklagten brechen sollten. — Warum der Genosse Große nicht mit verklagt ist, obwohl er das Einigungsprotokoll vom 22. Juni doch auch mit unterzeichnet hat, ist nicht ersichtlich. Die erste Verhandlung findet am 8. November statt. Hoffentlich erleiden die Herren in diesem Prozeß eine gründliche Niederlage.

Kiel. Zur Organisationsfrage in der Partei. Zwei schleswig-holsteinische Wahlkreise beschäftigten sich am 21. August auf ihren Konferenzen mit der Organisationsfrage. Die Konferenz des 6. Wahlkreises, Elmshorn-Otensen-Binneberg, wählte eine siebenköpfige Kommission, die einen Statutenentwurf für einen Zentralverein des Wahlkreises auszuarbeiten soll. Der Entwurf soll dann den einzelnen Parteiorganisationen des Kreises zur Diskussion unterbreitet werden; eine Kreiskonferenz soll über die Annahme des Entwurfs den endgültigen Beschluß fassen. Der 6. schleswig-holsteinische Wahlkreis hat augenblicklich 17 politische Organisationen mit insgesamt 4532 Mitgliedern. Die Konferenz des 7. Kreises, Kiel-Hendelsburg-Neumünster, beauftragte die Kreisleitung, der Frage der Zentralorganisation für den Kreis näher zu treten. Dieser Kreis zählt 8 politische Organisationen mit insgesamt 3561 Mitgliedern.

Kiel. Ein Oberpostkassierer, der Briefe stiehlt. Schon seit einer Reihe von Jahren machte sich auf der Strecke Hagenow-Neumünster das räthelhafte Verschwinden von Briefen, namentlich ausländischen, bemerkbar. Von vielen Seiten liefen Reklamationen ein; es gelang jedoch nicht, des Diebes habhaft zu werden. Vor etwa zwei Jahren richtete sich ein dringlicher Verdacht gegen den Oberpostkassierer Scharfenberg in Neumünster; es gelang jedoch nicht, den Beschuldigten zu überführen. Am 1. März d. Js. bemerkte der Oberpostinspektor Löbmann bei der Abfertigung der Frühpost in Neumünster zufälligerweise, daß Scharfenberg etwas unter dem Mantel zu verbergen suchte. Der Oberpostinspektor trat sofort hinzu und verlangte die Herausgabe des betreffenden Gegenstandes. Scharfenberg verweigerte jedoch hartnäckig den Gehorsam. Anstatt dem ihm gegebenen Befehle nachzukommen, wurde er gegen den Vorgelegten tätlich; er stieß ihn zurück, und versuchte alsdann auszurücken. Er wurde jedoch von mehreren hinzukommenden Beamten erfaßt und festgehalten. Bei näherer Untersuchung fand man bei dem Oberpostkassierer sechs gedörrte Briefe, von denen einer 5 Mk. enthielt. Es wird angenommen, daß Scharfenberg, der in Neumünster ein Haus im Wert von 34000 Mk. besitzt, die bisher vermischten Briefe unterschlagen hat, um sich die darin enthaltenen Geldsendungen oder Marken anzueignen. In der Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer I wollte sich der Beschuldigte an nichts mehr erinnern; er behauptete, krank und nervös zu sein. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Beantragt waren 2 Jahre Gefängnis.

Kiel. Von Bord eines kleinen Kriegsschiffes. Nach berühmten Mustern wollte der Matrose Daxel einen Roman von Bord eines kleinen Kriegsschiffes schreiben. Daxel, der sich an Bord des kleinen Kreuzers „Ozier“ auf der ostasiatischen Station befand, geriet in Verdacht, die Beschlusurkel zweier 105 Zentimeter-Schnellfeuergeschütze an Steuerbord ins Meer geworfen zu haben. Die Geschützteile vermigte man an Bord des „Ozier“, nachdem Daxel die Nachtwache geholt hatte. Auch hatte er Kameraden gegenüber gestöhrt, daß bald Geschützteile über Bord fliegen würden. Während eines längeren Aufenthalts im Gouvernementslagarett in Fingstang erhielt Daxel Kenntnis von Dilses Roman „Aus einer kleinen Garnison“, der dort gelesen wurde. Er erklärte, er werde die ihm gegebene Hilfe benutzen, um die deutsche Romanliteratur durch ein Werk à la Wilse zu bereichern, das in ähnlicher Weise die Zustände an Bord deutscher Kriegsschiffe schildern sollte. Das Marinekriegsgericht konnte dem Daxel die Befreiung der Geschützteile nicht nachweisen, erkannte aber im übrigen auf eine Haftstrafe von fünfzehn Monaten Gefängnis und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Flensburg. Deutschland ein russisches Souveränement. Bürgermeister Dr. Schrader verlagte für das Gewerkschaftsfest die Erlaubnis zur Abhaltung eines Festzuges aus verkehrspolizeilichen Gründen, ebenso verbat er die geplante Festrede unter freiem Himmel, die auf dem Festplatz gehalten werden sollte. Schließlich wurde noch das Abbrennen eines Feuerwerks aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten. Bürgerliche Blätter sagen dieser Nachricht hinzu: „Infolge dieser Anordnungen herrscht unter der Arbeiterbevölkerung große Erbitterung.“ — Der Herr Bürgermeister will der Sozialdemokratie offenbar das Reichsmandat für Flensburg-Apenrade sichern!

Bremen. Eine folgenschwere Explosion. Dienstagabend wollte ein Mann die Spülung des Straßengrabs in der Landwehrstraße vornehmen. Als er mit einer brennenden Laterne in den Schacht hinabsteigen wollte, erfolgte plötzlich eine starke Explosion. Offenbar hatten sich größere Gas mengen im Schacht angeammelt und sich an dem Licht der Lampe entzündet. Der Arbeiter wurde hinausgeschleudert. Er erlitt schwere Verletzungen am Gesicht, an Händen und Füßen. Von der Gewalt der Explosion kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß das Plaster rings um den Schacht zur Seite gedrückt und die Saumsteine des Trottoirs zertrümmert sind.

Wilhelmshaven. Fähnrich und Matrose. Am 3. Juli sah der Matrose Göde in der Pantry des Küstentanzers „Frischhof“ plaubernd mit einem Kameraden, als plötzlich der Fähnrich Bollenbeck auftauchte und sich auf

seinen Säbel stützend dem Göde in barschen Worten befehlte, sich hinauszuwerfen. Der Matrose ließ eine Bemerkung fallen, als ob er annehme, der Fähnrich sei nicht ganz nüchtern. Diese Bemerkung verlegte den Fähnrich in maßlose Wut. Er sprang auf den Matrosen los, packte ihn an der Kehle und würgte ihn. In seiner Bedrängnis schlug der Matrose den Fähnrich mit der Faust ins Gesicht. Es entstand nun ein regelrechtes Ringen. Der Matrose umfaßte den Fähnrich an den Hüften und warf ihn zur Tür hinaus. Am andern Tage wurde Göde verhaftet und Anklage wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten gegen ihn erhoben. Das Geschwaderkriegsgericht ermächtigte die Mindeststrafe für dieses militärische Verbrechen, ein Jahr Gefängnis, auf sieben Monate, da der Fähnrich vorschriftswidrig gehandelt und den Kampf verschuldet habe. Die vom Vertreter der Anklage angeregte Frage der straffreien Notwehr verneinte das Gericht. Darnach hätte sich der Matrose also ruhig erwürgen lassen müssen. Wäre er dann den Helldentod gestorben?

Beste Nachrichten.

Stettin. 2 Personen ertrunken. Auf dem Döbenowflusse bei Wollin kenterte ein Boot mit 9 Personen; 2 davon ertranken.

Sannover. Risiko der Arbeit. Auf dem Kaliwerke Gime bei Gronau fand infolge eines Sprengschusses eine Explosion schlagender Wetter statt, wobei vier Bergleute getötet, elf schwer und fünf leichter verwundet wurden.

Paris. Festige Hagelstürme, welche hauptsächlich in den Weinbergen des Departements Ardèche und Armagnac arge Verwüstungen angerichtet haben, sind am Dienstag in weiten Gegenden Frankreichs niedergegangen. Die Hagelschlossen hatten stellenweise die Größe von Fühnerreibern.

Rom. Ein Zyklon richtete in Sorrent und Umgebung großen Schaden an. Drei Personen wurden bei einem Hauseinsturz getötet, während sechs gerettet werden konnten. Bei Bari strandete der Dampfer „Lucia“, es gelang jedoch nach 2 Stunden, den Dampfer wieder flott zu machen. Außerdem kenterten mehrere Barken, wobei zwei Personen ums Leben kamen. In der Nacht zum Mittwoch richtete ein heftiger Orkan im Gebiet der Gemeinde Gioia Sanmitica sehr schwere Verheerungen an. Das Wasser riß eine Gütte der Kohlenarbeiter fort, wobei drei junge Mädchen ertranken. — Man fürchtet, daß noch mehr Menschen zu Schaden gekommen sind.

Quittung.
Für den Breßlons gingen ein: —50 Mk.
Von + + + + + Friedr. Meyer u. Co.

Steinshaus-Viehmarkt.
Der Schweinehandel verlief ziemlich ruhig. Zugesührt wurden 44 Stüd. Preis: Sengschweine — Mk., Verkaufschweine, schwere 52—53 Mk., leichte 53—53 1/2 Mk., Sauen 44—48 Mk. und Ferkel 48—53 Mk. pro 100 Pfund.

Zoologischer Garten. Täglich nachm. 5 Uhr: Dressur-Vorstellungen.

Staatforst Mölla. Waldfrein-Verkauf. Von den Kulturflächen in den Forstorten Gr. und H. Eichenhorst, Fahrenkamp, Hagenhorst, Schweinewiesen und H. Drißen sollen 64 Acker Streugras gegen Zahlung von 25 Pfg. per Acker zur Selbstverwertung abgegeben werden. Abnehmer aus der Stadt haben sich bis zum 28. d. Mts. beim hies. Revierförster zu melden. Die Werbung des Streumaterials, welche nur allein durch Ansuchen werden darf, kann vom 29. d. Mts. ab an jedem Wochentage geschehen.

Heute morgen 6 1/2 Uhr entfiel sanft unsere kleine Gertrud im Alter von 7 Wochen. Tiefbetrauert von ihren Eltern.
J. Ahrens und Frau, geb. Ritter.

Für die innige Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen allen Beteiligten, besonders dem Holzarbeiterverband und seinen Mitarbeitern, sowie Herrn Pastor Krabi unsern innigsten Dank!

Flora Bentfeldt und Sohn.

Dankagung.
Für die innige Teilnahme bei dem Ableben meines lieben Mannes **J. B. Wagner** und besonders Herrn Pastor Betzard für seine tröstlichen Worte sagt herzlichsten Dank
Maria Wagner Ww. nebst Kinder.

Zu vermieten zum 1. Oktober eine kleine Wohnung, Nr. 150, Sandstraße 32.
Zu erfragen barriere.

Ein möbliertes Zimmer mit oder ohne volle Pension an einen jungen Mann zu vermieten. Oberstraße 12, II.

Gesucht zum 1. Oktober für ein Gut bei Mölla in Lauenburg

ein älteres Mädchen das Kochen kann. Lohn 55 Taler. Zu melden Brömmelstraße 16, I.

Zu vermieten eine sehr gute kleine zweischlägige Bettstelle. Gladbachstraße 22, II.

Zu vermieten eine gute halbe Sportkammer, eine Spielbank (Schloß) mit 8 Plätzen und ein Kaminofen mit Feuer. Süßbergstraße 44 B.

Per Post bestellbar
beste Meiereibutter 120 Mk.
sowie sämtliche Drogerie-, Kolonial- und Feinstwaren zu den billigsten Preisen.
Heinr. Arfft, Dorbeckstraße 12.

Buchen-, Tannen-, Brennholz
in Rücken, gerügt und Kiefernholz empfiehlt billige
Christian Gäde
Brennmaterialienhandlung,
Fischergrube 5-7.

Eierkartoffeln
das feinste, was es gibt.
100 Pfd. 3.10 Mk., Feig 50 Pfd.
Eine große Partie fette Herringe à 5 Pfd.
Kopff 16 Stk 40 Pfg.
Chr. Piel, Friedrstr. 78.

Gesucht
anstelle eines erkrankten
ein ordentliches Mädchen
zu sofort.
Frau J. Hamann, Adlerstraße 33 d.
Zu kauf. gef. eine gebr. Bettstelle
Ang. u. G 71 an die Exped. d. Bl.



10 Schönelbuden 10.

Ein Kinderwagen zu verkaufen
Engelswisch 29, p.

Ein guterhaltener Kinderwagen
zu verkaufen. Wallenstraße 15.

Verloren in Schwartauer Alee, Frieden- ob. Warenborfstraße ein schwarzer Kragen zum Kleid. Finder w. sehr geb., denj. g. Bel. abj. b. Wischer, Hüßstr. 103, o Karte sehr.

Gratismarkentag
Sommerabend, 27. August.
Nächster
marken muß sich eine größere Anzahl gesammelter Marken befinden.)
(Zwischen je 10 Gratis-

Feinste Meierei-Dauerbutter
Pfund mit 1.20 Mk.
garantiert reine Naturware.
J. Blöß, Mühlenstr. 32, Gerhaus.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.
Markt 4
sind vorthellhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

Lederhosen	1,80—6,45
Plauerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinere Sachen, schräge und gerade, 1,23
Rafen, Hemden, Schlachterjacken, Feiserjacken,
Plauer-Mäntel erstaunlich billig.
Mäßen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb.“
Achtung Schmiede!
Die Versammlung am Sommerabend den 27. d. M. fällt aus.

Erschienen:

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

„Soziale Wohlfahrt“ gegen die Nerven der Armen!

In der Stadt Egel (Provinz Sachsen) lebt ein junges braves Dienstmädchen namens Berta Richter. Ueber dieses brach im Frühjahr v. J. ein schweres Verhängnis herein: Ein Krebsleiden ergriff das rechte Bein, und es mußte nun lehreres oberhalb des Knies amputiert werden. 26 Wochen verbrachte die Bedauernswerte zu Magdeburg im Krankenhaus, bis sie dann die gleichfalls mittellose und trankliche Mutter — der Vater ist schon seit 16 Jahren tot — zu sich nahm. Bei all dem schweren Leide war es ein schwacher Lichtblick, daß der Unglücklichen von der unermesslich reichen Versicherungsanstalt wenigstens eine jährliche Invalidenrente in Höhe von 139,20 Mk. „zugebilligt“ worden war. Diese bezog sie bis vor wenigen Wochen. Da kam ein neues Verhängnis in Gestalt einer im Kreise herumreisenden „Untersuchungskommission“ mit dem Wanzleber Kreisarzt Dr. Thielow als medizinischem Beirat. Wie es Berta Richter bei diesen Herren erging, sei hier nach dem Magdeburger „Central-Anzeiger“, dessen Angaben der Redaktion der „Volksstimme“ in Egel bestätigt wurden, erzählt.

Es war am 29. Juni, als gemäß einer kurz zuvor an sie gerichteten Aufforderung Berta Richter mit zahlreichen Leidensgenossen zwecks Nachprüfung der Erwerbsfähigkeit vor der im Gasthof „Stadt Erfurt“ zu Egel versammelten Kommission erschien. „Ich muß darauf antragen, daß Ihnen Ihre Rente gemessen wird“, war das erste Wort, das dem jungen Mädchen nach Feststellung seiner Personalkarte von einem der Herren — es war der Herr Kreisarzt — entgegenfiel. Und als die Besürzte schweigend erwiderte: „Verzichten Sie, oder soll ich Sie noch näher untersuchen?“ Nun vermochte sich das Mädchen wenigstens soweit zu fassen, daß es darum bat, im Nebenzimmer untersucht zu werden. Das geschah denn auch, und hierher kam es dann zu folgendem Dialog:

Dr. Thielow: „Sie sind ja gesund und erst 24 Jahre alt, Sie können sich wohl noch etwas verdienen und hätten sich überhaupt in diesem Jahre schon noch etwas umsehen können.“

Berta Richter: „Aber Herr Doktor! Mit dem einen Bein kann ich doch nicht wieder in den Dienst gehen; ich habe wohl etwas schreiben gelernt, aber in meinem Zustand kann ich doch unmöglich die Nähmaschine treten.“

Dr. Thielow: „Na, dann arbeiten Sie etwas andres, wobei Sie keine Maschine brauchen. (!) Nach einer Pause, in der er mit der Kommission konferiert hatte. Das Gesetz ist nun mal so, (!) Ihre Rente muß Ihnen genommen werden!“

Schließlich unterzeichnete das Mädchen, das sich darauf beschränkte, immer wieder von neuem zu beteuern, daß es doch arbeitsunfähig sei, ein ihm vorgelegtes und wahrscheinlich auch vorgelesen, aber in seiner Bedeutung gar nicht verstandenes Schriftstück und erhielt dann durch einen der Herren den Segenswunsch mit auf den Weg: „Nun können Sie sich noch am 1. Juli Geld holen. Dann sehen Sie zu, wie Sie ohne Rente durchkommen!“

Auf Ihre Beschwerde bei der Landesversicherungsanstalt wurde ihr der bürokratische Bescheid:

„Ihre Behauptung, Sie hätten das Verhandlungsprotokoll über Ihre Verzichtserklärung unterschrieben, ohne daß Ihnen das Schriftstück vorgelesen sei, ist un wahr. . . Uebrigens haben Sie selbst ausdrücklich erklärt, auf die Rente verzichten und dafür Antrag auf Heilbehandlung ev. auf Beschaffung eines neuen künstlichen Beines stellen zu wollen. Ihre Verzichtserklärung ist somit rechtmäßig und unwiderruflich. Es kann dagegen kein Rechtsmittel eingelegt werden.“

Es steht Ihnen jedoch frei, bei uns Antrag auf Uebernahme des Heilverfahrens zu stellen, oder sobald Sie glauben, wieder invalid im Sinne des Gesetzes zu sein, einen neuen Antrag auf Gewährung der Invalidenrente . . . zu stellen.“

Dieser geradezu ungeheuerliche Fall ist aber nicht der einzige in seiner Art. Einer Frau Döring waren die Füße erfroren, welches Uebel ein hartnäckiges Fußleiden hervorrief. Sie litt außerdem noch an einem Blasenleiden, so daß sie also vollauf mit Unglück gesegnet war. Laut Attest des Herrn Dr. Kramppe ist Frau D. zu zwei Dritteln erwerbsunfähig. Obige Kommission, die dem Bande der Sozialreform Geld sparen soll (obwohl ihre Reisen und Spesen viel mehr Geld verschlingen wie die Groschen, die sie dem Staat sparen), erklärte der Frau am 29. Juni durch den Mund des Herrn Thielow: „Dafür lassen Sie uns nur sorgen, daß Sie Ihre Rente los werden!“ Dabei war die Frau noch nicht untersucht worden!! Als die aus höchst erschrockene Frau gegen diese Gewaltmaßregel protestierte, sagte einer der Besitzer nach Angabe der Frau folgendes: „Frau Döring, verzichten Sie lieber freiwillig, sonst wird Ihnen die Rente mit Gewalt abgenommen! Es ist auch besser, denn wenn sich Ihr Leiden verschlimmern sollte, dann kriegen Sie Ihre Rente wieder und mehr als zuvor.“

Als dann wurde der ihrer Stille kaum noch mächtigen alten Frau gesagt, daß das und das in „dem Schriftstück“ stünde und: „Unterschreiben Sie mal!“

Als Zeisiger war auch der Architekt und Maurermeister Eggert aus Bledendorf vertreten, dessen Aufgabe es war, den Leuten zu erzählen, es gebe „nachher“ mehr Rente!! Später ließ ein Schreiben bei der Frau ein, worin ihr gesagt wurde, daß sie ihre Rente los sei, und ihr empfohlen, sich eine neue Karte zu beschaffen und weiter zu steuern. Wobon die Frau die Steuern bezahlen soll, wurde nicht gesagt. Sie selbst hat nichts und ihr Mann ist schon zwölf Jahre selber Invalid und bezieht eine Rente von — 9,90 Mark monatlich!

Ferner schreibt ein einfacher Arbeiter aus Borne unferem Magdeburger Parteiorgan folgendes, und auch dieser Brief illustriert das Vorgehen der Kommission aufs drastischste: „Vor 4 Wochen war ein mir bekannter Mann aus Unseburg bei mir und erzählte, sie seien ihrer zwei nach Egel beordert. Dort sei der Kreisarzt mit noch einigen Herren gewesen. Um zu sehen, wie beweglich er noch sei, hätte er auf einen Stuhl steigen sollen, was ihm aber nicht möglich gewesen sei. Sie seien nach ihrem Verdienst gefragt und ihnen zugeredet worden, zu unterschreiben, daß sie auf die Rente verzichten! Wenn sie jetzt verzichten würden und weiter lebten, dann würde die Zeit, während sie Rente bezogen, als geklebt mitzählen und ihre Rente würde sich dadurch später erhöhen! Sie hätten sich dadurch überreden lassen und unterschrieben. Er wisse aber noch heute nicht, wie er dazu gekommen sei.“

Auf der Weltausstellung in Chicago renommierte Deutschlands Regierung mit den Krüppeln, denen eine Rente gezahlt wird. Man hätte besser und ehrlicher daran getan, Affirmativ darzustellen, wieviel tausend Krüppel und Hilflose keine Rente erhalten und wievielen sie auf obige famose Weise wieder genommen wird!

Bisher hat es die Behörde nicht für nötig gehalten, sich über diese Fälle zu äußern. Die Regierung wird deshalb im Reichstage über diese christliche Art der Vertreibung kapitalistischer „Sozialpolitik“ den Vertretern der Arbeiterklasse noch Rede und Antwort zu stehen haben.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Lohnbewegung der Breslauer Holzbildhauer ist, soweit Innungsmeister in Betracht kommen, beendet. Die Beseitigung der Akkordarbeit sowie die 8 1/2 stündige Arbeitszeit sind durchgeführt, ebenso ist ein Minimallohn von 35 Pf. gewährt worden. Da der Tarif von Tischlereien und Fabriken noch nicht anerkannt ist, muß Bezug noch ferngehalten werden. — Die Leipziger Drechsler haben in einem zweiwöchigen Streik einen vollen Erfolg errungen. Sie haben unter Abschaffung des Akkordes einen Wochenlohn von 24 30 bis 33 Mk. zugestanden erhalten. — Die Leipziger Holzbildhauer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Wegen Lohnunterschieden traten Montagabend in Gelsenkirchen 900 Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Ausstand. — 120 Arbeiter der Blei- und Zinkhütte der Stolberger Gesellschaft bei Essen reichten wegen Lohnunterschieden ihre Kündigung ein. — Die Arbeiter in Mainz richteten an die Arbeitgeber folgende Forderungen: Gesehen bis zu 18 Jahren sollen nicht unter 20 Mk., über 18 Jahre 24 Mk. Wochenlohn erhalten. Denjenigen, die bereits 24 Mk. und höheren Lohn haben, soll eine Aufbesserung von 7 Proz. zu teil werden. Für Auszubildenden werden 45 Pf. pro Stunde verlangt, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag. Die Arbeitszeit soll nicht über zehn Stunden betragen. Der § 616 des B. G. B. über den Dienstvertrag soll Anwendung finden. Die Dauer des Vertrages soll auf drei Jahre festgelegt werden. — Die Böttcher der Girone sind in der Zahl von 1500 in den Streik eingetreten. Sie hatten vor einigen Wochen durch einen kurzen Streik durchgesetzt, daß ihnen pro Faß 250 Frank gezahlt wird. Sie wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer den Lohn im Winter um fast die Hälfte herabdrücken und so verlangen sie nun feste Tarife, die ihnen auch für den Winter den gleichen Lohn sichern.

Der paritätische Arbeitsnachweis im Berliner Bäckergetriebe, bekanntlich eine Errungenschaft des letzten großen Bäckerstreiks, funktioniert trotz des Winters der Innungen vorzüglich. Im letzten Monat sind 500 Stellen durch den Nachweis vermittelt worden, obgleich die Innungen drohten, jeden Innungsmeister in Strafe zu nehmen, der nicht ihren Arbeitsnachweis benutzte.

Die Geheimnisse des Wurstkeffels. Die Berliner Schlächtergesellen bereiten bekanntlich seit Monaten eine Lohnbewegung vor. Nach dem Beispiele der Bäcker suchen auch die Schlächter das große Publikum von der Notwendigkeit einer besseren Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Schlächtergewerbe zu überzeugen und sand zu diesem Zwecke am Mittwoch, abends, eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: Die Geheimnisse des Wurstkeffels. Wenn erst einmal die Schlächtergesellen von den Geheimnissen des Wurstkeffels zu plaudern anfangen, dürften die früher geschickelten unmaßbahren Bäckermeister die reinsten Waisenkinder gegen ihre Kollegen vom Wurstkeffel sein. Die Schlächtermeister haben übrigens der Gehilfenleitung mitgeteilt, daß sie sich am 31. August über die Forderungen der Arbeiter schlüssig machen wollen.

Die Angestellten der Berliner Privatbadeanstalten haben vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts mit den Anstaltsbesitzern einen Tarif abgeschlossen, der zunächst auf ein Jahr gelten soll. Danach soll den Bademeistern in Schwibabteilungen ein Mindesteinkommen von 120 Mk., solchen der Bannenabteilung von 90 Mk. und den Bademeisterinnen von 75 Mk. garantiert werden. Für jedes Schwib- und Massagiebad erhält der Angestellte 50 Pf., für das Moor-, Teer-, Kohlensäurebad 15 Pf., und für die übrigen Bäder 10 Pf. Die Arbeitszeit dauert bis 9 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 1 Uhr mittags. Gegenüber den bisherigen Zuständen in den Berliner Privatbadeanstalten bedeuten diese Vereinbarungen einen

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

24 Fortsetzung.

In die Augen des Mädchens waren Tränen gekommen, die sie nicht zu verbergen bemüht war. Die Pfarrerin schwieg, denn hierauf war nichts mehr zu sagen. Zu rechter Zeit ließ sich aus der Küche ein Gefäß hören, wie von einem überlaufenden Hasen. Die Wäbe wuschte sich die Augen mit ihrer Schürze und eilte hinweg.

Das Mittagessen verlief ruhig; für den Geistlichen, der auf den Ruf der Wäbe schon sehr vergnügt vom Garten gekommen war, ungemein heiter. Der würdige Herr besaß sich hermalen ganz und gar wohl und damit fähig, sich an allem aufs innigste zu freuen. Die Blumen im Garten hatten ihn nie so glücklich gemacht wie heute, und an dem Schatten in der Laube hatte er sich noch nie so wunderbar geliebt wie bis zu dem Augenblick, wo man ihn zum Essen rief. Ein frischgedeckter Tisch am Sonntag, mit blankem Tischkuch, blanken Servietten, Reinheit und Keimlichkeit strahlend und duftend, und dazu die sichere Aussicht auf ungewöhnlich gute Speisen, können die Laune eines Mannes nicht nieder schlagen, der sich bei höherem Wohlsein auch eines stärkeren Appetits erfreut. Unser Geistlicher, liebevoll, wie er war, unterhielt das Gespräch wieder mit Loben; nach den Blumen und der Laube pries er die Suppe, das Rindfleisch und den Salat — und schwer war es zu sagen, welche Anerkennung gefühlter Klang. Er nickte dankbar der Gattin zu, und ein paar fremdliche Blicke fielen auch auf das Werkzeug, das die Gebote der Anordnerin vollstreckend den zweiten Preis errungen — auf die ab- und zugehende Wäbe. Nach Tisch zog er ein Zigarrenäschchen, er für seltene Gelegenheiten bei sich führte, aus der Tasche des Ausgehrocks — er wollte heute sogar rauchen! Die Frage der Pfarrerin: Wird es dir nicht schaden, liebes Männchen? mit einer Hin-

wekung auf seine völlig hustenfreie Kehle beantwortend, zündete er an und war mitten im behaglichsten Dampfen, als die Wäbe den Kaffee brachte.

Auf einmal, wie sich auf etwas Befinnend, rief er: Mein, Frau, wie ich aus der Kirche gegangen bin, ist mir's gewesen, als hätte ich hinter mir sagen hören, beim Schneider Eber hält's Händel gegeben zwischen Vater und Sohn. Hast du was erfahren? — Das Mädchen konnte, wenn auch jede sonstige Bewegung, doch ihr Erwidern nicht verhindern; die Frau bemerkte: Ja wohl, unsere Nachbarin hat mir das selbe gesagt. — Was haben denn aber die auf einmal miteinander? fragte der Pfarrer ernsthafter. Sie sind doch immer ganz gut ausgekommen? — Man sagt allerhand, verkehre die Gattin. Der Vater will, daß Tobias die älteste Tochter des Bach-Webers heirate. — Und der mag sie nicht? fiel der alte Herr ein. — So scheint's, bemerkte die Frau. — hm, hm, verkehre der Pfarrer. Das Mädchen ist nicht die Schönste, aber ordentlich und fleißig, und der Weber ist ein Mann, der gut steht. Ist er wirklich so heikel, der junge Bursch — oder hat er sein Aug' auf eine andere geworfen? —

Die Pfarrerin schwieg hierauf, weil ihr nicht gleich eine in ihren Sinn passende Antwort einfiel; die Wäbe fühlte, daß ihr Gesicht hochrot war, und wendete sich ab, um in die Küche zu gehen. Die Verlegenheit dauerte indes nur einen Moment; denn nach kurzer Pause klopfte es stark an die Türe, wie Herren nicht zu klopfen pflegen, und auf das „Herein“ traten durch die geöffnete Tür der alte Schneider und Tobias.

Beide waren in ihrem besten Staat; ihre Mienen waren ernst und feierlich, namentlich die des Alten. Etwas ungelent, aber doch mit jener Würde, die der Bauer bei Gelegenheiten anzunehmen pflegt, verneigte sich dieser und sagte: Guten Tag, Herr Pfarrer! Guten Tag, Frau Pfarrerin! — Guten Tag, Eber, erwiderte der überraschte Herr, indem er die beiden verwundert betrachtete. Was führt

Such zu mir? — Der Alte trat einen Schritt näher und sprach: Eine eigene Sach', Herr Pfarrer — mein Sohn Tobias will heiraten. — Tobias ergriff jetzt seinerseits das Wort und sagte mit einigem Erwidern: Ja, Herr Pfarrer, das will ich.

Die Pfarrerin sah staunend auf die zwei Leute, die offenbar einig waren, und wußte nicht, was sie denken sollte. Die Wäbe stand an der Seite wie angewurzelt, ihr Gesicht brannte, und ihre Brust bebte. Tobias hatte ihr keinen Blick zugeworfen — der Vater war zufrieden, durchaus zufrieden — der Sohn hatte sich ihm gefügt — sie war aufgeopfert!

Mit dem reinsten Vergnügen erwiderte der alte Herr: Also der Tobias hat nachgegeben und heiratet die Tochter des Bach-Webers? Ihr seht, ich weiß schon alles! — Der alte Schneider zauderte zu reden indem er beschiedener für sich hinfächelte. Der Pfarrer erinnerte sich, daß die Wäbe in der Stube war, und in der Meinung, daß der Vater vor dieser nicht mit der Sprache herauswollte, winkte er ihr und sagte: Wäbe, geh' in die Küche!

Das Mädchen hatte gesehen, wie Tobias auf die Rede des Pfarrers höher gerötet vor sich hinschaute, just wie einer, der sich schämt! Mit dem schwersten Herzen von der Welt, mit unendlicher Bitterkeit und kaum ihre Tränen zurückhalten vermögend, schickte sie sich an, die Stube zu verlassen. Da rief aber der alte Schneider: Ja, Herr Pfarrer, die darf nicht fort — die gehört zur Sach'! — Die Wäbe? rief der alte Herr verwundert. — Ja, Herr Pfarrer, verkehre der Schneider. Die ist's ja grad', die mein Sohn heiraten will! — Jawohl, Herr Pfarrer, rief Tobias, die will ich heiraten!

Nun war die Nähe, zu staunen und nicht begreifen zu können, an dem alten Herrn. Die Pfarrerin hatte ein „Ach“ ausgeprochen, in welchem eben so viel Verzagtheit als Ueberlassung lag; denn sie war gut und freute sich des Ausgangs nicht um ihret, sondern um der Wäbe willen. Dieser

immerhin neuanzuerwerbten Fortschritt zu Gunsten der Angehörigen.

Dre bezahlte Gewerkschaftsbeamte. Ein beliebtes Mittel der bürgerlichen Presse, die Arbeiterbewegung zu diskreditieren, ist die wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung, die „Führer“ betrieben die Verbeugung der Arbeiter aus persönlichem Interesse, um sich selbst eine angenehme und bequeme Existenz zu schaffen. Selbst die christlichen Gewerkschaftler haben zu Beginn ihrer Agitation von diesem schädlichen Mittel der bürgerlichen Presse ausgiebigen Gebrauch gemacht. Erst als sie selbst zur Anstellung von Beamten schreiten mußten, haben sie von der Anwendung dieses Mittels abgesehen. Nichtsdestoweniger weiß besonders die Zentrums-Presse immer noch von den gut besoldeten Agitatoren zu erzählen. Demgegenüber ist eine Dreifachstimmigkeit interessant, die jüngst in dem „Erfener Beobachter“ enthalten war. Diese Dreifachstimmigkeit lautet: „Langjährige Abonnenten, Alteneffen. Es ist richtig, vor Jahren hat Herr August Bruff den Führern von Gewerkschaften, besonders denjenigen des alten Verbandes, den Vorwurf gemacht, sie hätten sich von Arbeitergrößen. Das ist, wie gesagt, schon lange her und geschah, wenn wir nicht irren, zu einer Zeit, als Herr Bruff neben seiner Gewerkschaftsarbeit noch die Grubenarbeit verrichten konnte. Herr Bruff aber mußte auch bald einsehen, daß man nicht zweien Herren zu gleicher Zeit dienen kann, und mit der Zeit werden sich auch seine Anschauungen bezüglich des „Räufens“ aus „Arbeitergrößen“ geändert haben, ist er doch heute der bestbezahlte deutsche Gewerkschaftsbeamte. Er bezieht nämlich, wie uns kürzlich mitgeteilt wurde, ein Monatsgehalt von 250 Mark, dazu 80 Mark Repräsentationskosten, zusammen also 330 Mark pro Monat. Fahrkosten und Reisepesen sind hier nicht mit eingeschlossen, diese werden circa verrechnet.“ Also ein Jahresgehalt von 3960 Mark außer sonstigen Spesen bezieht Herr Bruff, der Leiter des christlichen Gewerkschaftsbundes der Bergarbeiter. Man tut gut, sich die Dreifachstimmigkeit anzuhören, um sie gelegentlich den auf die von Arbeitergrößen sich wägenden Agitatoren schimpfenden Christlichen den Mund stopfen zu können.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien. Nach Mitteilungen aus Sofia ist dort vor einiger Zeit von sieben Gewerkschaften der Grundstein eines Nationalbundes der Gewerkschaften Bulgariens gelegt worden. Heute sind dem Bundes bereits zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes angeschlossen. Allerdings ist die Gesamtheit der organisierten Arbeiter, entsprechend der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, noch sehr gering; sie dürfte nicht mehr denn 3000 betragen. Vom 19. bis 21. August hat in Sofia der erste Konstituierungskongreß des Bundes stattgefunden. Die neue Zentralorganisation erucht um Zulassung von Statuten und sonstigen Drucksachen der Gewerkschaften, um sich daraus über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa unterrichten zu können. Die Adresse des Sekretärs ist: Sr. Wassilew, Jal. Tzar-Samouil 18 Sofia (Bulgarien).

Zu den Reizfeldern von Molinella (Italien) ist wieder ein großer Streit der Reizarbeiter ausgebrochen. Ein Teil der Streikenden ist durch Streikbrecher ersetzt, die ganze Gegend ist mit Militär besetzt und die Gendarmerie nimmt zahlreiche Verhaftungen vor. Der sozialistische Bürgermeister von Molinella, Genosse Bloner, der nach dem Gesetz für die öffentliche Sicherheit aufkommen muß, verlangte von dem Präfekten, bezugsnehmend dem Minister, die Erlaubnis, zu den streikenden Arbeitern sprechen zu dürfen, um diese davon zu überzeugen, daß sie die Ursache der Not der anhängigen Arbeiter sind, und ferner, daß ihre Anwesenheit zu gefährlichen Konflikten führen könne. Der Minister hat darauf telegraphisch geantwortet, daß die Freiheit der Arbeit unter allen Umständen geschützt erhalten werden müsse, ebenso, wie die Freiheit des Streiks. Die Arbeitsfreiheit sollte aber in keiner Weise gefährdet werden, sondern der Bürgermeister sollte nur seine Pflicht erfüllen, indem er aufklärend wirken und den Konflikt möglichst beizulegen wolle. Das ganze Gebiet von Molinella gleicht dem Belagerungsstande.

Ferdinand Lassalles Bedeutung für die Arbeiterklasse. Unter diesem Titel erscheint im Verlage der „Buchhandlung Vorwärts“ in einigen Tagen eine Lebensskizze aus der Feder Eduard Bernstein. Am 31.

August d. J. werden 40 Jahre seit Lassalles Tode verfließen sein. Dieses Ereignis hat dem Verfasser Veranlassung gegeben, die Gestalt und das Lebenswerk Lassalles der Arbeiterklasse vor Augen zu führen. Es ist keine Verherrlichung Lassalles, die Benkenstein uns bietet — die Sozialdemokratie betrachtet ihre Vorkämpfer nicht als Heilige — sondern eine kritische Würdigung der Persönlichkeit und der Tätigkeit dieses großen Agitators. Gerade durch die historische Hergelegenheit der Wirksamkeit ihrer Vorkämpfer hält die Arbeiterklasse das Andenken aller derer in Ehren, die an der Befreiung der Menschheit gearbeitet haben. Lassalle gebührt der unbestreitbare Ruhm, der deutschen Arbeiterklasse die Erkenntnis ihrer geschichtlichen Mission gezeigt zu haben; er hat sie gelehrt, sich zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, er hat der Bewegung zu einer Zeit den Weg gewiesen, als noch unbestimmtes Wollen zu Taten drängte. Und darum wird das Andenken Lassalles von den Klassenbewußten Arbeitern für alle Zukunft geehrt werden. Die Broschüre erhält ein vorzügliches Bildnis Lassalles in Lichtdruck. Der Preis für die Broschüre beträgt 50 Pf. Zu beziehen ist die Broschüre durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs.

Sozialdemokraten vor Gericht. Der freisinnige Magistrat der Stadt Breslau erhob Anklage gegen den Redakteur Genschen Hehrlein von der dortigen „Volkswacht“ wegen Verleumdung des Wasserwerk-Direktors Debusmann. Der Vorwurf, daß mehrere Arbeiter aus den städtischen Betrieben wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahnt seien, stellte die Verleumdung dar. Herr D. versicherte, die betreffenden Arbeiter seien entlassen, weil sie die „Gewerkschaft“ während der Arbeitszeit verteilte und Beiträge einlieferten haben. Andre Arbeiter hatte Herr D. unter Erinnerung an ihren Soldatencharakter über die Verbandszugehörigkeit zur Rede gestellt. Die Richter hielten eine Mahnung nicht für erwiesen und erkannten auf 300 Mk. gegen Hehrlein, 50 Mk. gegen einen beteiligten Arbeiter. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mk. Strafe beantragt.

Die Parteigenossen des vierten sächsischen Wahlkreises beschloßen beim Parteitag in Bremen folgende Anträge zu stellen: „Der Parteitag wolle beschließen: Redakteuren an Zeitungen, die im Parteiverlag erscheinen, ist die Mitarbeit gegen Honorar an anderen Zeitungen, politischen und wissenschaftlichen Revuen, Genossenschaftsblättern usw., sowie die Herausgabe eigener Broschüren fernerhin nicht mehr zu gestatten. Die Verleger von Zeitschriften sind gehalten, Arbeiten von angehenden Redakteuren abzulehnen.“ 2. „Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des älteren Parteitag, die zwangsweise Beteiligung bei den Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen bleibt den einzelnen in Betracht kommenden Ländern überlassen.“

Ueber eine angebliche Kandidatur Göhres in Hof berichteten bekanntlich dieser Tage bürgerliche Blätter. Jetzt teilt die in Hof erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung“ dazu folgendes mit: „Nachdem im hiesigen Wahlkreis die Anstellung eines Kandidaten aktuell geworden war, kamen hauptsächlich zwei Herren in Betracht, Gen. Haller und Gen. Göhre. Eine Konferenz der Vertrauensmänner beschloß einstimmig, daß im Falle Haller ablehnen würde, dem Genossen Göhre die Kandidatur angetragen werden soll. Dieser Beschluß wurde von den einzelnen Sozialisten gutgeheißen. Leider lehnte sowohl Gen. Haller wie auch Paul Göhre ab, ersterer deshalb, weil er prinzipiell gegen ein Doppelmandat ist und Göhre deshalb, weil ihm bereits das Mandat eines andern Wahlkreises angetragen wurde. Die Parteigenossen des Hofes Wahlkreises hatten keine Ursache, sich bei ihrem Vorgehen von den Dresdener Vorparlamenten beeinflussen zu lassen, sie betrachteten nach wie vor Göhre als Sozialdemokraten und haben diesen ihren Standpunkt auch dem Parteivorstand mitgeteilt. Nachdem nun aber die Sache durch die Ablehnung vorläufig gescheitert ist, hat sie sich auch für die Hofes Genossen bis auf weiteres erledigt.“

Die Anstellung eines Parteisekretärs beschloß die Parteikonferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde. Der Sekretär soll weniger Verwaltungsgeschäfte erledigen, als für eine gute Organisation sorgen und agitatorisch tätig sein. Die Personen- und Befehlungsfrage hat eine Kommission zu erledigen.

Die amerikanische Sozialdemokratie und die Negerfrage. Bei den in letzter Zeit sich häufenden Syn-

debatten an Angehörigen der schwarzen Rasse, dürfte angebracht sein, die Stellungnahme der amerikanischen Sozialdemokratie zur Negerfrage nochmals zu kennzeichnen und es sei deswegen in folgendem die auf dem letzten Kongreß angenommene Negerresolution in Erinnerung gebracht. Diese lautet: „In Erwägung, daß die Neger der Vereinigten Staaten infolge ihrer langen Sklaverei, von der sie erst jetzt befreit sind, eine besondere Stellung innerhalb der arbeitenden Klassen und innerhalb der Gesellschaft im allgemeinen einnehmen; in weiterer Erwägung, daß die kapitalistische Klasse diese besonderen Umstände ausreicht zu erhalten sucht, um die Voreingenommenheit und den Rassenhaß zwischen den weißen und den schwarzen Arbeitern zu befestigen und zu vergrößern und damit die sozialen und ökonomischen Interessen beider Rassen als getrennt und einander entgegenstehend erscheinen zu lassen, wodurch sie die Arbeiter beider Rassen leichter und vollkommener ausbeuten kann; in Erwägung schließlich, daß die beiden alten politischen Parteien, sowie die Erziehungs- und die kirchlichen Institutionen die Neger in ihrem gegenwärtigen hilflosen Kampfe gegen Unfreiheit und Gewalt verraten, um der Günst der kapitalistischen Klasse teilhaftig zu werden, beschließen wir, die Sozialdemokraten von Amerika, vereint mit dem Nationalkongreß, dem Proletariat der schwarzen Rasse hierdurch unsere vollste Sympathie auszusprechen und versichern ihm, es in seinem Kampfe gegen Ungleichheit und Unterdrückung zu unterstützen. Ferner erklärt der Kongreß, daß die Interessen und Kämpfe der Neger Arbeiter identisch sind mit den Interessen und Kämpfen der Arbeiter aller Länder ohne Unterschied der Rassen oder Farbe; daß die Ursachen, welche den Neger zu einem Opfer sozialer und politischer Ungleichheit gemacht haben, eine Folge der langen Ausbeutung seiner Arbeitskraft sind; daß alle sozialen und Rassenvorurteile früheren ökonomischen Ursachen entspringen, welche zum Unglück der ganzen menschlichen Gesellschaft noch heute fortbestehen, und daß der einzige Gegenstand, der in der Tat existiert, derjenige zwischen den Produzenten und den Besitzern der Produktionsmittel — also der zwischen Kapital und Arbeit — ist. Der Kongreß beschließt, daß wir, die amerikanische sozialistische Partei, die Neger einladen, mit uns an dem großen Kampfe für ökonomische Befreiung der Arbeit teilzunehmen, durch welche allen Menschen volle Gleichheit und Freiheit gesichert werden, auf daß allgemeine Brüderlichkeit die Welt beherrschen wird.“ — Es zeigt sich auch hier wieder, wie die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf alle hergebrachten Vorurteile, sich der Bedrückten aller Nationen und Rassen annimmt, wie sie alles, was Menschenantlitz trägt, in dem Kampfe gegen Unterdrückung und Gewalt verteidigt und unterstützt.

Aus Nah und Fern.

Eine lange Reise hat eine Postkarte gemacht, die am Donnerstag, den 18. August, zwischen 11 und 12 Uhr vormittags einer Thorner Firma zugestellt wurde. Die Postkarte wurde am 5. April 1889, 11—12 Uhr vormittags in Reichenbach in Schl. aufgegeben, sie ist also 15 Jahre 4 Monate 13 Tage unterwegs gewesen. Da sie mit der damals in Umlauf befindlichen Bilanfpennigmarke versehen war, wollte die Post ein Strafporto von 10 Pfennig erheben, denn dem Beamten wird die Marke sehr wahrscheinlich als etwas Sonderbares vorgekommen sein. Wo die Postkarte solange war, entzweit sich jeder Vermutung, denn sie trägt merkwürdigerweise nur den Aufgabensatz und den Annahmestempel.

Infolge des Genusses giftiger Weeren gestorben ist der elfjährige Sohn Karl des Försters Wille in Pichelsberg. Sein jüngerer Bruder, der gleichfalls erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Das „Kriegstagebuch des Füsiliers Fischer vom Regiment Nr. 36“ bildete am Montag zum zweitenmale den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts I in Berlin. Wegen Verleumdung seines früheren Kompagniechefs, jetzigen Generals a. D. Nicolai zu Erfurt hatte sich der Hausverwalter Friedrich Fischer zu Charlottenburg zu verantworten. Der Angeklagte, der früher Eisenbahnkloster in Halberstadt war, hatte seinerzeit in der 6. Kompagnie des Magdeburgischen Füsilierrégiments Nr. 36 gedient und als Reserveoffizier in demselben Regiment den Feldzug 1870/71 mitgemacht. Er hat — angeregt von dritter Seite — seine Kriegserlebnisse auf Grund seiner Erinnerungen und Aufzeichnungen niedergeschrieben. Diese Niederschrift sollte zunächst für die vier Söhne des Angeklagten bestimmt sein, er gab sie jedoch einem in seinem Hause wohnenden Polizeileutnant zu lesen, und dieser fand sie so interessant, daß er dem Angeklagten zurechete, diese Erinnerungen doch drucken zu lassen. So erschien dann in diesem Jahre das jetzt unter Anklage gestellte „Kriegstagebuch“. In diesem wurde an verschiedenen Stellen auch Kritik an den damaligen Vorgesetzten des Angeklagten geübt, und es befindet sich dabei eine sehr unfreundliche Schilderung eines neu eingetretenen Hauptmanns, der bis dahin Lehrer an der Hauptkadettenanstalt gewesen war und die Führung der Kompagnie an Stelle des am 18. August gefallenen Hauptmanns Braun übernommen hatte. Durch diese Schilderung fühlt sich der damalige Hauptmann, jetzige General a. D. Nicolai beleidigt. Er hatte den Strafantrag gestellt. Der Angeklagte bestritt jede Absicht der Verleumdung, bestritt auch die Annahme des Staatsanwalts, daß er als Reger darüber, das Eisener Kreuz nicht erhalten zu haben, dem General Nicolai etwas habe auszuweisen wollen. Was er niedergeschrieben habe, entspreche durchaus der Wahrheit. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, dem er an sich den Schutz des § 193 zubilligte, nur wegen eines Teiles der Anklagepunkte zu 150 Mk. Geldstrafe eventuell 15 Tage Gefängnis, sprach dem Verleumdigen die Publikationsbefugnis zu und die Unbrauchbarmachung der beleidigenden Stellen des Buches aus.

Lebender Marktpreise vom 24. August.
Bavaria-Butter Bfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Bfd. 1,35 Mk.,
Gallen Eid. — Mk., Enten Eid. 2,80 Mk., Hühner Eid.
1,60 Mk., Küken Eid. 1 — Mk., Lauben Eid. 0,50 Mk.,
Gänse Bfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinskop.
Bfd. 0,40 Mk., Schinken Bfd. 1 — Mk., Würst Bfd. 1,20 Mk.,
Gier 9 Std. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karotten
Bfd. — Pf., Karanfchen Bfd. 80 Pf., Sechse Bfd. 70 Pf.,
Barkhe Bfd. 70 Pf., Kal Bfd. 0,90 Mk.

hatte sich im eigentlichen Verstande das Herz im Leibe umgedreht. Die plötzliche Verengung aus dem Abgrunde der Pein in den Himmel des Glücks wirkte auf sie wie ein Schock; aber schnell erhobte sie sich und streckte nach der ersten Bewunderung die Schlingen ihres Innern um so höher aus dem schwarzen Braune der Augen, in die jetzt zum Überflusse noch ein Liebeswetter und seliger Blick des Bräutigams fiel.

Der alte Herr, alles dies nicht gewöhnt, weil er nur auf den alten Schneider sah, rief er sich mit der herzlichsten Bewunderung: Die Bube? Ja, wie kommt er denn auf die? — Die vollkommene Unschuld dieser Frage hätte die Fiancée beinahe Lachen gemacht. Was sie aber die Verleumdung ihrer Heiterkeit antwortete, so konnte und wollte sie doch den Schein auf ihrem Gesicht nicht verdrängen; sie sah mit weitem Strahlen, mit der ungeschwungenen Fingerringel vor sich hin.

Der alte Schneider antwortete: Da lieber Gott — wie geht's nicht in solchen Sachen? Sie gefällt ihm halt, und er meint eben, nur die kommt sein Glück machen! — Ja, sagte Tobias' Frau, das ist auch wirklich meine Meinung, Herr Herr. Es ist nicht nur darum, weil sie wir von Herrn von hien gesollt, sondern weil sie so glücklich ist und so häufig und alle Arbeit so gut kann, wie ich gesehen hab'; deswegen hab ich sie gewählt!

Ueber den Vater kam jetzt der Schall. Ueberzeugt, daß der alte Herr von dem Brautpaar in seinem Hause keine Ahnung hatte, und verstand, der so sehr geschätzte Bube, allmählich auch der Frau Fiancée, eines künftigen Schwagers, sah er fort: Und dann, Herr Herr, beacht man eben auch: im Pfarrhause lernt man gute Sitten und einen frommen Lebenswandel — und das ist am Ende doch die Hauptsache! — Die Fiancée warf einen Blick auf ihn, als ob sie sagen wollte: Da hyperbolischer Spitzbube! während das Mädchen ein wenig betrunken zu Boden sah. Der alte Herr dagegen nicht, wie zu einem Anbeter, dem er nach

innigste dankte. Ja, ja, Ober versetzte er würdig, da habi Ihr recht! Und es ist wahr, die Bube hat bei uns etwas gelernt, so kurze Zeit sie da ist, und macht jetzt dem Pfarrhause Ehre. Sie ist brav, tätig, gehorsam, gutwillig — und hat sich immer widerhaft aufgeführt!

Das war der Pfarrerin denn doch zu bunt; unfähig, ihr Gerechtigkeitgefühl länger zurückzuhalten, bemerkte sie: Was, nun, so ganz ohne Gefährten, die man gern anders gewöhnlich hätte, ist's doch nicht abzugeben! Fehler hat sie schon auch gemacht, und ein ganzer Engel ist sie grad' nicht! — Der alte Herr, mit dem wohlwollend satirischen Lächeln eines Mannes, der seine Hälfte nicht will, entgegnete: Ja freilich, ihr Brauen wißt immer was und habt immer was zu klagen. Euch kann man nie genug tun! Aber, setzte er gegen die beiden Schneider gewandt hinzu, gegen mich ist sie immer gut und dienwillig gewesen, und ich hab' nie was Unrechtes von ihr gesehen. Was wahr ist, muß man sagen.

Tobias und die Bube hatten sich während dieser Reden unbemerkt verängelt. Die Bube zugeworfen, womit sie sich wechselseitig erklärten: Wir behauern's doch nicht! Nach dem letzten Worte trat das Mädchen ein wenig vor und sagte, das Haupt festend mit einer reizenden Mischung von Ernst und Schmeichelei: Ach, Herr Herr, die Frau Pfarrerin haben die Wahrheit gesprochen! Es ist allerlei geübt, was nicht hätte geübt werden sollen, und ich hab' mich gar mancher Fehler anzuheben! Ich bin lange nicht so gut, wie sie meinen, Herr Herr — nein, ich hab' meinen Teil Sünden trotz der Reue, die ich mir gebe, besser zu machen. Aber sie halten eben andere Leute für gut, weil Sie selber so gut sind, Herr Herr, und in Ihrer Güte nur das Schöne an andern sehen und Tagenden, die Sie an Ende nur selber haben. Ich darf Ihnen für Ihre Meinung von ganzem Herzen; aber leider, ich verdiene sie nicht!

(Fortsetzung folgt.)